Die böhmische Landeshauptmannschaft in Breslau unter dem Könige Johann und dem Kaiser Karl IV.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Königlichen Universität zu Breslau

eingereicht
und mit Genehmigung derselben veröffentlicht

von

Johannes Kopietz.

ACAD. LEGIS. BIBL.

Mittwoch, den 1. Mai 1907, mittags 12 Uhr
in der Aula Leopoldina:

Vortrag: Die Wahl Lothars von Sachsen
und Promotion.

Breslau 1907.
Buchdruckerei Grosser & Co.

Gedruckt mit Genehmigung der philosophischen Fakultät
der Königl. Universität Breslau.

Referent: Professor Dr. Kampers.

Sr. Hochwürden

dem Herrn Pfarrer Grund zu Himmelwitz O.-Schl.

in aufrichtiger Verehrung

und herzlicher Dankbarkeit

gewidmet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548206_0132

Einleitung.

Charakteristisch für die Entwicklung der schlesischen Gerichtsverfassung ist es, was Rachfahl[1]) in seinem grundlegenden Werke: „Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem 30jährigen Kriege“ betont, daß für die einzelnen Stände besondere Gerichte unter den Piastenherzogen sich konstituierten. Im Herzogtum Breslau hat dazu wesentlich beigetragen die schon im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts fast vollendete Germanisierung dieses Gebietes und der damit zusammenhängende Verfall des polnischen Rechts, der „Zaude“, welches vollständig erst im Jahre 1337 abgeschafft wurde.[2])

Die eingewanderten deutschen Adligen, welche vom Herzoge Lehen bekommen hatten und vornehmlich an seinem Hofe lebten, nahmen ihr Recht im Hofgerichte, dessen Vorsitz der Herzog oder sein Stellvertreter führte; auch die polnischen Grundbesitzer scheinen ihren Gerichtstand vor der Zaude mit dem vor dem Hofgericht im 13. Jahrhundert vertauscht zu haben.[3]) Kamen jedoch Ritter, Mannen und Edle aus dem Herzogtum Breslau und selbst von andersher in die Stadt Breslau und wurden sie dort um bürgerliche oder peinliche Sachen, wie Geld-

[1]) Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von Gustav Schmoller. Bd. XIII, S. 73.

[2]) Korn, Breslauer Urkundenbuch. I. Teil. Breslau 1870, S. 136.

[3]) Bobertag, Gerichte und Gerichtsbücher des Fürstentums Breslau. Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens. Bd. VII. S. 116.

schuld, Raub, Mord, Brand, verklagt, so mußten sie nach der Verordnung [1]) des Herzogs Heinrich III. vom 5. Oktober 1263 vor dem Erbrichter der Stadt Breslau ihr Recht nehmen mit Vorbehalt des Zuges an das Hofgericht. Diese Bestimmung hatte noch im Jahre 1302, was das Weistum [2]) der Breslauer für die Glogauer beweist, Gültigkeit und scheint wegen des Widerspruchs der Ritter erst im Jahre 1369 aufgehoben zu sein.[3])

Die Bauern hatten ihren Gerichtstand vor dem Schulzen, der in herzoglichen Dörfern im Namen des Landesherrn, in privatherrlichen Dörfern im Namen des Grundherrn die niedere Gerichtsbarkeit ausübte. Die obere Gerichtsbarkeit, d. h. die Gerichtsbarkeit, auf die eine Strafe zu Hals und Hand stand, behielt sich der Herzog vor und überwies sie später dem Hofrichter.[4])

In den Städten nahm die Stelle des Schulzen der Erbvogt ein, ausgezeichnet vor jenem häufig durch die Befugnis, auch in schweren Kriminalfällen mit Ausnahme der drei besonders gefährlichen Verbrechen: Wegelagerei, gewaltsamer Einbruch und Notzucht zu richten.[5]) In Breslau war sein Gerichtsbezirk nach der Urkunde vom 6. Oktober 1315 folgendermaßen begrenzt: quod hii, qui sedent sub miliari, non astant juri coram nostro advocato hereditario in nostra civitate, sed tantum illi astant, sicut se extendit districtus nostre civitatis, id

---

[1]) Korn, a. a. O. S. 30.

[2]) Tzschoppe und Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte in Schlesien und der Oberlausitz. Hamburg 1832. Urk. No. 102.

[3]) Korn, a. a. O. S. 215.

[4]) Bobertag, a. a. O. S. 109. — Gust. Adolf Stenzel, Geschichte Schlesiens. I. Teil. Breslau 1853, S. 211.

[5]) Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch und andere Neumarkter Rechtsquellen. II. Band der „Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte". Breslau 1906. S. 229. Urk. Nr. 22.

est, ubi pascua nostre civitatis terminantur.[1]) Im Jahre 1326 kaufte die Stadt Breslau drei Viertel der Erbvogtei, welche teilbares Eigentum der Familie der Erbvögte war, für 420 Mark,[2]) das letzte Viertel im Jahre 1345.[3]) Dadurch kamen die Gerichtsbarkeit, Polizei und Verwaltung der Stadt in die Hände der Ratmänner.

Eine wesentliche Änderung erfuhren die gerichtlichen Verhältnisse im Fürstentum Breslau, nachdem König Johann von Böhmen dieses Gebiet mit der Krone Böhmen vereinigt und die böhmische Lehensoberhoheit über fast ganz Schlesien ausgedehnt hatte.

[1]) Korn, a. a. O. S. 91. Meinardus, a. a. O. S. 36.

[2]) Korn, a. a. O. S. 108.

[3]) a. a. O. S. 162.

Erstes Kapitel.

Die Ausdehnung der böhmischen Lehnsoberhoheit auf Schlesien und die Besitzergreifung des Fürstentums Breslau durch König Johann.

Der Luxemburger Johann, der Sohn des Kaisers Heinrich VII., welcher seit seiner Belehnung zu Speier mit dem Königreich Böhmen (am 30. August 1310) auch den Titel „König von Polen" führte, wollte diesem Titel Bedeutung und Inhalt geben. Er wandte deshalb seine Eroberungsgelüste nach Osten, vor allem aber auf Schlesien. Seine Absicht, dieses Land unter die böhmische Herrschaft zu bringen, begünstigten viele Umstände, die damals gerade zu seinem Vorteile zusammentrafen. Die Förderung deutscher Kultur und deutscher Sitte und die dadurch herbeigeführte Entfremdung Schlesiens vom Mutterlande Polen hatten bereits den Keim zu einer bedeutenden Veränderung in der Regierungsform gelegt, der sich in der Folge immer mehr entwickelte. Die schlesischen Herzöge, welche, wie Heinrich der Bärtige, mit deutschen Prinzessinnen vermählt waren, begünstigten auf alle nur mögliche Weise die deutschen Ansiedler. Einmal wurde sogar durch die Gewalt der Waffen über die Germanisation Schlesiens entschieden. Es geschah dies im Jahre 1214 in der Schlacht bei Studnitz in der Gegend von Liegnitz,[1]) in welcher die Söhne Heinrichs I., Konrad an der Spitze der slavischen Partei, Heinrich, nachmals der Zweite, an der Spitze der

[1]) Chronicon Polono-Silesiacum ed. Arndt. M. G. SS. XIX, S. 566.

eingewanderten deutschen Ritter und Bauern, gegeneinander stritten, wobei das Deutschtum den Sieg errang.

Dazu kam, daß die immer größere Zersplitterung des väterlichen Erbes durch die Länderteilung nach dem Tode des Herzogs Heinrich II. i. J. 1241 Streitigkeiten unter den fürstlichen Brüdern erweckte, die einander bekriegten und hinterlistig gefangen nahmen, um gegenseitig ein größeres Ländergebiet von dem unterliegenden Teile zu erpressen. Dadurch wurden sie so geschwächt, daß sie ihre Selbständigkeit nicht mehr zu behaupten vermochten und fremden Schutz suchen mußten. So z. B. rief Heinrich IV. (1270—1290), als ihn Boleslaus II. von Liegnitz gefangen auf die Burg Lähn geschleppt hatte, die Hilfe des Kaisers Rudolf I. an und ließ darum sein Fürstentum dem Kaiser als deutsches Lehen auf; als aber die erbetene Hilfe ausblieb, schloß er mit König Wenzel II. von Böhmen einen Erbvertrag.[1]) — Alle diese Umstände vereinigten sich zu Gunsten Johanns, der zudem, um für seine Polenpolitik einen Rückhalt an dem Ungarnkönig zu finden, sein Töchterlein Anna mit dessen erstgeborenem Sohne Wladislaus verlobt hatte.[2]) Und in der Tat gelang es dem Könige Johann, in kurzer Zeit fast ganz Schlesien an die böhmische Krone zu bringen. Im Februar 1327 erschien er trefflich gerüstet an der mährisch-polnischen Grenze und forderte die schlesischen Fürsten auf, sich unter die böhmische Lehnsoberhoheit zu stellen. Jetzt blieb für die Herzöge Oberschlesiens wirklich keine Wahl. Am 18. Februar desselben Jahres empfing er die Huldigung des Herzogs Kasimir von Teschen[3]) und am 19. Februar die des

---

[1]) Korn, Br. Urk. S. 56.

[2]) Joh. Loserth, Die Königsaaler Geschichtsquellen. Wien 1875. Chronica Aulae regiae Secunda pars Cap. V. S. 399.

[3]) Grünhagen u. Markgraf, Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens. II. Teil, Leipzig 1883. S. 360.

Herzogs Bolko von Ratibor[1]). An diesem Tage unterwarf sich auch Wladislaus von Kosel[2]) und am 24. zu Beuthen (in Oberschl.), wohin der König vorgerückt war, Johann von Auschwitz[3]). Nun trat, eifersüchtig auf solche Erfolge, der Ungarnkönig trotz Schwägerschaft und Bündnis mit der Erklärung hervor, daß er eine weitere Ausbreitung der böhmischen Macht nicht dulden könne, und König Johann kehrte deshalb nach Prag zurück[4]). Aber eben dahin kam auch der Herzog Heinrich VI. von Breslau, der mit seinen Brüdern Boleslaus III. von Brieg und Wladislaus von Liegnitz einst die väterlichen Lande geteilt hatte, um des Königs Schutz gegen Boleslaus zu erbitten, der ihn durch Krieg und Verwüstung seines Landes zum Tausche mit Liegnitz zwingen wollte, weil er das reiche Breslau für eine gute Geldquelle ansah[5]). Johann versprach, den Herzog, solange er lebe, bei vollem Fürstenrecht mit ganzer Macht in seinem Besitze zu schirmen. Dafür sollte ihm Heinrich im Kriegsfalle seine Städte und Burgen offen halten, und nach Heinrichs Ableben sollte das Fürstentum direkt an die böhmische Krone fallen. Wenn binnen dieser Zeit ein Lehen vakant wird, illud a nobis debet suscipi; aber der Herzog darf es vergeben[6]). In Breslau, wohin sich der König und der Herzog begaben, stimmten die Bürger und die Vertreter der Landschaft dem Abkommen zu. Sie wurden dafür freigebig begnadet; Herzog Heinrich erhielt die Grafschaft Glatz und aus des Königs Kammer eine Jahresrente von 1000 Mark Silbers

---

[1]) Grünhagen-Markgraf, a. a. O. II. S. 379.

[2]) a. a. O. II. S. 417.

[3]) a. a. O. II. S. 577.

[4]) Chron. Aulae Regiae II, Cap. 19, S. 449.

[5]) a. a. O. II, Cap. 19, S. 448 f. — Johann Heyne, Denkwürdigkeiten aus der Kirchen- und Diözesangesch. Schlesiens. Breslau 1860. I. Bd. S. 583.

[6]) Grünhagen und Markgraf, Lehns- und Besitzurk. Schles. I. Teil Leipzig 1881, S. 66 f.

obendrein zugesichert[1]). So kam das Herzogtum Breslau an die Krone Böhmen; und es bedurfte nur noch, daß Heinrich VI. die Augen schloß, um es für immer mit diesem Reiche zu vereinigen. Dieser Fall trat 8 Jahre später ein. Am 24. November 1335 starb Heinrich VI. Da erschien Markgraf Karl von Mähren in Breslau, um im Auftrage seines Vaters, des Königs Johann, von dem Herzogtum Besitz zu ergreifen und von den ritterlichen Vasallen des Landes, sowie von der Bürgerschaft Breslaus und der übrigen Städte die Huldigung entgegenzunehmen[2]).

Als Träger zweier Kronen und Herr mehrerer Länder vermochte der König von Böhmen seine umfänglichen Rechte und Pflichten nur mittels einer vielfältigen Beamtenschaft zu bewältigen. Deshalb übergab er die Verwaltung des Herzogtums einem Beamten, der den Titel „Landeshauptmann" (Capitaneus) führte. In einer Hinsicht bloßer Provinzialbeamter, übte der Landeshauptmann andererseits vizekönigliche Gewalt aus und hatte als Hüter der königlichen Rechte und Besitzungen insbesondere die Unterbeamten zu bewachen, den öffentlichen Frieden zu wahren und die Abgaben entgegenzunehmen, der Weisungen des Königs betreffs seines Amtssprengels gewärtig zu sein, ihn auch nach Landesrecht in seiner gerichtsherrlichen Stellung zu vertreten.

[1]) Codex diplomaticus Silesiae, Bd. XXII, S. 11. Chron. Aulae Regiae II. Cp. 19, S. 448: huic (scil. Heinrico VI.) rex provinciam Glacensem ad tempora vitae ducis possidendam pro ducatu assignat, sibique deputat mille marcas argenti annis singulis a fisco regio, quoad vixerit, percipiendas.

[2]) Böhmer, Regesta imperii VIII, n. 30 a.

Zweites Kapitel.

Der Ursprung des Amtes eines Landeshauptmannes.

Das Wort „capitaneus“ wird von „caput“ abgeleitet und hat dieselbe Bedeutung wie das griechische Wort „Καταπάνος“ (lat. catapanus.)[1]) Diese Bezeichnung diente seit dem Jahre 975[2]) als Titel für die byzantinischen Statthalter der Provinz Langobardien, welche ihre Residenz in Bari hatten. Die Frage, ob es einen etymologischen Zusammenhang zwischen catapanus und capitaneus gibt, beantwortet Jannaris[3]) in der Abhandlung „Κατεπάνω — Capitano — Captain“ folgendermaßen: „It is this administrative title then — ὁ Κατεπάνω Κατεπάνος Καταπάνος — which at the outset passed into Latin in the forms catepanus and catapanus, whereas such other by-forms as capitanus, capitaneus, capitanius etc. are later developments and represent cases of phonetic corruption and paretymology suggested by the familiar (caput) capit-, capit-alis, -ellum, -olium, -ulum etc.“

Unter der Regierung des Königs von Sizilien Wilhelm I. hießen capitanei diejenigen Beamten, welche Apulien in der Abwesenheit des Königs verwalteten. Das sizilische Reich bestand nämlich damals aus drei Hoheitsgebieten, dem Königreich Sizilien im engeren

[1]) Du Cange, Glossarium mediae et infimae latinitatis. Unter catapanus.

[2]) L'Italie méridionale et l'empire byzantin depuis l'avènement de Basile 1er jusqu'à la prise de Bari par les Normands. Par Jules Gay. Paris 1904. S. 343. — Trinchera, Syllabus Graecarum membranarum. Neapoli 1865 S. 5.

[3]) Byzantinische Zeitschrift. X. Bd. Jahrgang 1901, S. 204.

Sinne, die Insel und Kalabrien umfassend, dem Herzogtum Apulien und dem Fürstentum Kapua. Da der König sich meistenteils auf der Insel aufhielt, so stellte sich die Notwendigkeit heraus, einen mit umfassenden Befugnissen ausgestatteten Vertreter für diesen in den entfernteren Reichsteilen, nämlich in Apulien, im weiteren Sinne mit Kapua, einzusetzen, dem der Name Capitaneus beigelegt wurde. Eine derartige Vertretung findet man in Apulien zum ersten Male im Jahre 1155 vor. Als der König Wilhelm I. vom Festlande nach Sizilien sich begab, überließ er seinem Kanzler Ascittinus die Verwaltung Apuliens.[1]) Im darauffolgenden Jahre setzte er, als er wieder auf die Insel zurückkehrte, den Seneschall Simon als Landeshauptmann in Apulien ein.[2]) Im Jahre 1167 verwaltete dieses Amt der Graf Gilbert von Gravina.[3]) Die Stellung des Kapitäns dürfte man als durch Abwesenheit des Königs bedingt betrachtet haben.

In Oberitalien führte dieses Amt der Kaiser Friedrich II. ein, indem er den ersten Capitaneus mit der Verwaltung der Stadt Vicenza nach ihrer Unterwerfung im Jahre 1236 in der Person des Wilhelm Visdominus aus Mantua betraute.[4]) Auch in Mailand setzte Friedrich II. nach dem

[1]) Romualdi archiepiscopi Salernitani annales. M. G. SS. XIX, 428: Rex autem celebrata festivitate paschali, Ascittino Catheniensi archidiacono, quem cancellarium fecerat, Apulie amministrationem commisit, et ipse cum ammirato in Siciliam rediit. Vgl. dazu: Ficker, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens. I. Bd. Innsbruck 1868. S. 352 ff.

[2]) a. a. O. S. 429: Dehinc Symonem senescalcum, cognatum Maionis amirati, magistrum capitanium Apulie constituit, ipse vero tanta potitus victoria, cum ammirato in Siciliam rediit.

[3]) a. a. O. S. 436: Gilbertus etiam comes Gravine, regine et cancellari consanguineus, qui tunc capitaneus erat, totius Apulie, cum magna manu militum Messanam accessit.

[4]) Huillard — Bréholles, Historia dipolomatica Friderici secundi. Tom. V. Paris 1857. S. 122 f. Guillelmus Vicedominus capitaneus Vicentie; domini Wilelmi Visdomini de Mantua, capitanei communis Vicentie pro domino imperatore; Willelmus Vicedominus capitaneus Vicentie.

Siege bei Cortenuova (27. November 1237) einen Capitaneus ein. Er schreibt, dass er die Ausübung der Gerichtsbarkeit schlechtweg, wie sie jedem Könige zustehe, beansprucht habe, dass sich insbesondere die Mailänder bereits einverstanden erklärt hätten, einen Capitaneus anzunehmen, dem er die Verwaltung der Gerichtsbarkeit anvertrauen würde.[1]) Aus späteren Jahren findet man an verschiedenen Orten in Oberitalien Kapitäne erwähnt, so z. B. wurden am 28. Oktober 1270 in Genua die Edlen Obertus Spinula und Obertus Auria zu Kapitänen ernannt, und es wurde ihnen vom Stadt- und Landvolk alle Macht mit der höheren und niederen Gerichtsbarkeit übertragen.[2]) In Piemont wurden fast alle Städte unter Beseitigung der Podestaten lange Zeit durch Landeshauptleute regiert. Diese letzteren waren dort Beamte des Reiches, welche die dem Reiche schon früher zustehenden oder zurzeit vom Reiche in Besitz genommenen Hoheitsrechte in Vertretung des Reiches verwalteten.[3]) Ein erbliches Recht ward den Hauptleuten nicht eingeräumt; denn die Hauptmannschaft war und blieb doch immer nur eine Beamtenwürde, wenn auch die höchste, und mit deren Wesen vertrug sich die Erblichkeit keineswegs. Auch das war in Italien selten und ungewöhnlich, daß die Befugnisse des Kapitäns zu Lehen gegeben wurden; und es geschah dies nur besonders

---

[1]) Huillard-Bréholles, a. a. O. VI, 217: De iurisdictione autem, quam nos simpliciter,sicut quilibet rex in terra sua, habere volebamus, similiter contentio fuit, quamquam Mediolanenses se continentes haberent recipere capiteneum a nobis, quem eis dare vellemus et ibidem ad voluntatem nostram dimittere, qui iurisdictionem et merum imperium in civitate Mediolanensium et ejus districtu pro parte nostra et imperii exerceret.

[2]) Annales Oberti Stanconi. Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit. 13. Jahrhundert Bd. VIII b, S. 82.

[3]) Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens von Jul. Ficker. Innsbruck 1879. II. Bd. S. 523. § 414.

angesehenen Herren gegenüber, denen man kaum zumuten konnte, absetzbare Beamte zu sein.[1])

Trotz der großen Verschiedenheit der Verhältnisse und der geringen unmittelbaren Einflußnahme des Kaisers auf dieselben in Deutschland ließ sich Friedrich II. doch nicht abhalten, die italienischen Einrichtungen auf Deutschland zu übertragen, wenn er da ausnahmsweise in dieser Richtung freie Hand hatte. Dies zeigt die Verwaltung von Oesterreich und Steiermark nach dem Tode des Herzogs Friedrich von Oesterreich.[2]) Der Kaiser nahm diese Länder als ein einheitliches Gebiet für das Reich in Besitz und ließ sie durch den Herzog Otto von Eberstein verwalten, welcher sich Sacri Imperii per Austriam et Styriam Capitaneus et procurator nannte.[3]) Selbst als sich Friedrich II. im Jahre 1248 entschloß, die Verwaltung dieser Gebiete an benachbarte Große zu übertragen, geschah dies nicht nach Lehenrecht. Er erneuerte vielmehr die Reichsverweserschaft und betraute mit dieser für Oesterreich den sehr unzuverlässigen Otto von Bayern, für Steiermark den Grafen Meinhard von Görz[4]), so daß nun die Babenbergischen Länder zerrissen wurden. Unter Ottokar, dem Könige von Böhmen, Herzoge von Oesterreich, Steiermark und Kärnten, verwaltete die Landeshauptmannschaft in Steiermark der Herzog von Slavonien Stephan[5]) im Jahre 1257, im Jahre 1262 der Bischof Brun

[1]) Vgl. dazu Werunsky, Geschichte Kaiser Karls IV. und seiner Zeit. Innsbruck 1880. I. Bd. S. 205.

[2]) Herzog Friedrich von Oesterreich fiel am 15. Juni 1246 unweit Wiener Neustadt an der Leitha im Kampfe gegen die Ungarn.

[3]) Philipp Lambacher, Oesterreichisches Interregnum. Wien 1773. Anhang der Urk. S. 14., Urk. No. 3.

[4]) Huillard — Bréholles V, S. 753, n. 1.: Nos Meinhardus comes Goritie, capitaneus Styrie etc. — Ex injuncto nobis imperiali mandato capitaneatus officio Styrie.

[5]) Urkunden-Buch des Landes ob der Enns, hrsg. vom Verwaltungsausschuß des Museums Francisco-Carolinum zu Linz. III. Bd. Wien 1862. S. 242, n. 254.

von Olmütz[1]), der noch im Jahre 1269 als capitaneus Stirie urkundet.[2]) Im Jahre 1275 ist Burchard von Klingberg Capitaneus Anesi[3]) gewesen; im Jahre 1276 wird er vom Könige Ottokar von Böhmen Capitaneus Austrie superioris[4]) genannt. Vier Jahre später ist Heinrich Markgraf von Hochberg Hauptmann in Oesterreich ob der Enns gewesen.[5]) Über diese Verwaltungsform klagt der Verfasser der österreichischen Reimchronik.[6])

ez hat der Kunic von Bêheim
sô vil lande dâheim,
daz wir mit im versûmet waeren.
nu kumt er hinze Merhaeren
etwen kum in zweien jârn.
wir hieten übel gevarn,
swen er uns sîne Beheim sant
ze hubetliuten in das lant
und hieze uns den warten.
ob uns die beswarten,
wem solde wir daz klagen?

Nachdem Rudolf von Habsburg Oesterreich, Steiermark usw. in Besitz genommen hatte, ließ er diese Länder ebenfalls durch Hauptleute verwalten und zwar Steiermark durch Otto von Liechtenstein,[7]) dem im Jahre 1286 der Abt Heinricht von Admont folgte.[8]) In Oesterreich setzte er, als er im Jahre 1281 dieses Land verließ, seinen Sohn

[1]) M. G. dtsch. Chr. V, 86. Oesterreichische Reimchronik v. 6500 ff.

[2]) Urk.-Buch d. L. u. Enns. III, 365 n. 390.

[3]) a. a. O. III, 430 n. 468.

[4]) a. a. O. III, 435 n. 473.

[5]) a. a. O. III. 520 n. 561.

[6]) M. G. dtsch. Chr. V, v. 24310 ff.

[7]) a. a. O. V. v. 18642.

[8]) a. a. O. V. v. 24310 ff.

Albrecht als Landeshauptmann ein.[1]) In Steiermark hatte gegen Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts (noch im Jahre 1309) Ullrich von Wallsee das Amt eines Landeshauptmanns inne.[2]) Auch in Tirol kommt in den Urkunden zur Zeit der Söhne Meinhards II. von Görz-Tirol und des Prinzen Johann von Mähren die Benennung capitaneus terrae fortwährend vor und wechselt mit den Benennungen Vicedominus und Provisor terrae.[3]) Endlich findet man in der Geschichte Mährens einen Landeshauptmann vor, der sich Raimandus de Lucenburg alias de Wotobia capitaneus Morauie nennt.[4])

[1]) M. G. Dtsch. Chr. V. v. 19020 ff.

[2]) a. a. O. V. v. 74088 f. u. 98395: der (scil. Uolrich von Walsê) was hie ze Stirlande houbtman zuo der zît.

[3]) B. Justinian Ladurner, Landeshauptleute von Tirol. Archiv für Geschichte und Altertumskunde Tirols. II. Jahrg. 1865. S. 1.

[4]) Regesta diplomatica nec non epistolaria Bohemiae et Moraviae. Pars II. Opera I. Emler. Prag 1882, S. 781 f.

Drittes Kapitel.

Die Übertragung der Landeshauptmannschaft nach Böhmen und Breslau.

Das bereits in vielen deutschen Ländern übliche Amt eines Landeshauptmannes führte in Böhmen der König Johann ein. Hielt er sich außerhalb seines Königreiches — was eigentlich bei ihm die Regel war — auf, so verwalteten für ihn das Reich ein oder zwei Landeshauptleute.[1]) Am liebsten überließ er demjenigen die Regierung des Landes, welcher ihm dafür die größte Geldsumme zu zahlen imstande war oder versprach.[2]) Am 1. September 1313 setzte der böhmische König den Herzog Berthold von Henneberg zum Hauptmann des Königreiches ein und übertrug ihm seine ganze Macht.[3]) Am 14. Mai 1315 erhielt das Amt eines Hauptmannes der Prager Bischof Johann[4]) und

[1]) Chron. Aulae Regiae Cap. 16, pars 2: Regnum enim uni capitaneo vel duobus a rege committitur.

[2]) a. a. O. II. Cap. 19 schildert den Charakter des Königs Johann folgendermaßen: Nec manet in loco uno stabilis, sed totus variabiliS graditur huc atque illuc, et quando a nuntiis quaeritur, difficillime invenitur. Ipso absente regnum Boemie maiori pace fruitur, quam praesente. Timetur a pluribus et plurimos ipse timet; ideo ad evitandum periculum in regno Boemiae raro manet, gubernaculum vero regni ei committit, qui plura sibi dare poterit aut promittit.

[3]) Emler, Regesta diplomatica nec non epistolaria Bohemiae et Moraviae. III. Prag 1890, S. 64 n. 154: quod quia spectabilis vir Bertholdus comes de Henneberg, consilarius noster clarissimus ad peticiones et instancias nostras sibi officium capitaneatus regnorum nostrorum assumpsit ipsumque licet plurimum renuentem provisorem ac gubernatorem dictorum regnorum nostrorum constituimus, in omnibus loco nostri sibique ordinandi et disponendi omnia et singula in dictis nostris regnis authoritatem et potestatem concedimus et largimur.

[4]) a. a. O. III, 106 n. 260: ipsum (scil. Johannem Pragensem episcopum) capitaneum dicti nostri regni (scil. Bohemiae), quamdiu de instanti expeditione nostra, ad quam procedimus, reuersi non fuerimus, duximus statuendum

im Jahre 1316 der Erzbischof von Mainz, Peter von Aspelt. Diesem spendet der Verfasser der Chronica Aulae Regiae reichlich Lob dafür, daß er für die Wahrung des Friedens und für eine geordnete und gerechte Gerichtsverwaltung sorgte.[1]) Als Landeshauptleute von Böhmen werden ferner erwähnt: Heinrich von Lipa, der ältere,[2]) Boleslaus, Herzog von Liegnitz,[3]) Heinrich von Lipa, der jüngere,[4]) Heinrich von Duba[5]), Hinko Berka von Duba,[6]) in Mähren: Walter de Castello,[7]) der Bischof von Olmütz, Konrad,[8]) Heinrich von Lipa,[9]) Johannes von Lipa.[10])

Im Fürstentum Breslau findet man den Landeshauptmann als zukünftigen Verwalter dieses Gebietes zuerst erwähnt in der Urkunde des Königs Johann von Böhmen vom 6. April 1327.[11]) Dieses Fürstentum umfaßte damals die beiden Bezirke von Breslau und Neumarkt; und dazu kamen seit 1359[12]) noch der Bezirk von Namslau, obwohl derselbe eine eigentliche und vollständige Inkorporation in das Fürstentum Breslau erst im Oktober 1397 durch die Bestimmung König Wenzels, daß die Stadt Namslau

[1]) Chron. Aul. Reg. II, Cap. 1: Tempore, quo disertus et expertus venerabilis pater dominus Peter sanctae Moguntinae ecclesiae archiepiscopus in regno Boemiae manebat, et Johannem regem reginamque Elizabeth regebat, florebat pax, iustitiaque vigebat. Tractabat enim sollerter cum quibusdam aliis de Rheno viris illustribus negotia regni et regis non tantum armis, sed animis, innixus consilio sapienti.

[2]) Reg. Boh. III, 253 n. 596. 256 n. 606.

[3]) a. a. O. III, 308. n. 755. 317 n. 781.

[4]) a. a. O. III, 330. n. 829.

[5]) a. a. O. III, 366. n. 942.

[6]) a. a. O. III, 487. n. 1251. 532. n. 1361. 544 n. 1392. 558. n. 1423. — Chron. Aul. Reg. II, Cap. 19: Ita vice nobilis vir et prudens Hinco, dictus Berka de Duba, procurat et expedit ut capitaneus regni facta

[7]) Reg. Boh. III, 171 n. 421.

[8]) a. a. O. III, 185 n. 448.

[9]) a. a. O. III, 224 n. 542. 301 n. 740. 310 n. 760.

[10]) a. a. O. III, 631 n. 1613. 632 n. 1614.

[11]) Korn, Bresl. Urk. S. 117 f.

[12]) Lehns- und Besitzurk. Schles. I, S. 71.

in der Folgezeit zur Breslauer Hauptmannschaft gehören und dem Landeshauptmann von Breslau untertan sein solle,[1]) erfahren hatte.

Als letzter Landeshauptmann des Fürstentums Breslau wird „Ihro Exell. der Hoch- und Wohlgebohrene Herr Otto Wentzel, des Heil. Röm. Reichs Graf von Nostitz und Reineck“ im schlesischen Allmanach vom Jahre 1741 genannt.[2])

Viertes Kapitel.

Die Verwaltung der Breslauer Landeshauptmannschaft.

Die ersten Landeshauptleute in Breslau waren aus dem im Fürstentum selbst angesessenen Adel; gelobte doch der König Johann in der Urkunde vom 6. April 1327: nullum eciam alium praeterquam aliquem terrigenam ydoneum ipsi terre capitaneum preficiemus aut prefici paciemur.[3]) Für die Stadt und das Fürstentum war es ein offenbarer Vorteil, die Verwaltung nicht einem Fremden anvertraut zu sehen, da nach den mittelalterlichen Vorstellungen jedes Amt in erster Reihe als Einnahmsquelle galt und von seinem Inhaber auf die Erzielung eines möglichst hohen Nutzens verwaltet wurde. Doch schon der zweite böhmische König, Kaiser Karl IV., vergab die Landeshauptmannschaft an böhmische Edelleute und

[1]) Lehns- u. Besitzurk. Schles. I, 79: ut videlicet tam ipsi quam etiam civitas Namslavie ad capitaneatum Wratislaviensem deinceps spectare et capitaneo Wratislaviensi qui nunc est vel pro tempore fuerit subesse debeant.

[2]) Schles. Allmanach oder Tage-Register auf das Jahr 1741, S. 21.

[3]) Korn, Bresl. Urk. B. S. 118.

ebenso Wenzel und anfangs auch Sigismund. Unter Thimo von Kolditz, dem ersten Landeshauptmann in Breslau, der kein terrigena war, verwaltete jedoch der Breslauer Rat durch seinen Ratsältesten dieses Amt, da der Inhaber selbst schon das Amt eines cammerarius und Rats Karls IV. inne hatte und sich sehr wenig in Breslau aufhielt. Schon von Anfang des Jahres 1357[1]) an vertrat der Breslauer Rat den Landeshauptmann in der Verwaltung seines Amtes, bis ihm im Jahre 1361[2]) zunächst auf 3 Jahre dieses Amt von Kaiser Karl IV. endgültig übertragen und bis zum Anfang des Jahres 1369 belassen wurde. Über dessen Verwaltung durch den Breslauer Rat führt Markgraf[3]) folgendes aus: „Wenn auch der Rat als solcher die Hauptmannschaft hatte — Wir Ratmannen der Stadt Breslau von königlicher Gewalt zu Böhmen haltend und verwesend die Hauptmannschaft —, so wurde dieselbe doch immer nur durch den Ältesten desselben repräsentiert, sie ging keineswegs wie das Bürgermeisteramt der Reihe nach bei allen Mitgliedern herum. Daher bürgerte sich dann auch für den Ältesten die Bezeichnung Hauptmann ein, wenn auch der Ratskatalog sie nicht offiziell aufführt, weil sie ja rechtlich nur für das Land, nicht für die Stadt galt.“ Klose[4]) zählt sogar die Ratmänner auf, welche die Landes-

[1]) Eine der ersten Urkunden, in denen der Breslauer Rat Verweser der Hauptmannschaft genannt wird, ist datiert feria IV. post dominicam Invocavit (1. März) 1357. Breslauer Staatsarchiv. Rep. 16, Obergerichtsbücher No. 3, Bl. 11,

[2]) Stadtarchiv Urk. R. 10: ipsis (scil. consulibus) de certa nostra scientia ante et ul ra spatium tertium annorum immediate praeteritorum officium capitaneatus nostri per ciuitatem et districtum Wratislauiensem ac regimem eorundem cum administratione plenaria duximus committendum. Ausgestellt am 13. Sept. 1364.

[3]) Cod. dipl. Sil. Bd. XI. Einl. S. 40.

[4]) Dokumentierte Geschichte und Beschreibung von Breslau in Briefen. 2. Band, 2. Teil, Breslau 1781, S. 323.

hauptmannschaft verwalteten und gibt ihre Amtsjahre an: Nikolaus Lemberg 1360, 1364, 1368, Hanko Budessin 1361, 1365, 1369, Jakob de Opul 1362, 1366, Hanko Owras 1363, Nikolaus von Glogau 1367. Die Übertragung der Hauptmannschaft an die Ratsleute scheint ihren Grund in dem großen Vertrauen zu haben, das Karl IV. auf den Breslauer Rat setzte. Erwähnt er doch in seinem großen Gesetzbuche für Böhmen, der majestas Carolina, unter den Bürgerschaften, „welche er, weil sie vor den übrigen durch die Tugenden und die Reife ihrer Einwohner sich auszeichneten, besonders geehrt wissen will" und gleichsam zu Wächtern jener Verfassung einsetzt, auch die Breslauer. Zur Ausarbeitung seines Breslauer Landbuches nimmt er ebenfalls die Hilfe der Konsuln in Anspruch und weist in der Urkunde vom 31. März 1343 [1]) auf die Konsuln hin, bei denen die scabini provinciales Rechtsbelehrungen holen sollen. Ein anderer Grund dafür, daß Karl die Landeshauptmannschaft dem Breslauer Rate übertrug, ist in den gespannten Beziehungen zwischen dem Bischofe Prezislaus von Breslau und dem Kaiser Karl zu suchen. Wie Grünhagen [2]) ausführt, „haben der Bischof und das Kapitel die Übertragung dieses Amtes an die Breslauer Konsuln als einen gegen sie geführten Schlag empfunden." Vollends zum Ausbruch kam diese Feindschaft in dem sogenannten Jurisdictionsstreite im Jahre 1368. Infolge dieser Streitigkeiten wurde Anfang des Jahres 1360 wohl aus Rücksichten der Unparteilichkeit ein böhmischer Edelmann Thimo von Kolditz mit der Landeshauptmannschaft betraut. Aber dies war doch mehr eine Formsache, da in Wirklichkeit der Breslauer Rat die Geschäfte des Landeshauptmannes weiter führte, weil Thimo von Kolditz

[1]) Korn, Bresl. Urk. B. S. 156 f.

[2]) K. Grünhagen, Schlesien unter Kaiser Karl IV. Zeitschr. des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens Bd. 17, S. 19.

fast ständiger Begleiter des Kaisers auf dessen Reisen war. Man kann darum getrost annehmen, der Breslauer Rat habe vom Jahre 1357 bis zum Tode des Kaisers Karl IV. tatsächlich das Fürstentum regiert. Vom Anfang des Jahres 1357 bis Ende des Jahres 1360 haben den Breslauer Landeshauptmann Konrad von Falkenhain in nicht geordneter Reihenfolge die Konsuln der Stadt Breslau, Petschko von Gebecz und ein gewisser Johann von Struppitz vertreten.

Fünftes Kapitel.

Geschichte der Landeshauptleute.

Konrad von Borsnitz

war der erste Landeshauptmann im Fürstentum Breslau. Er verwaltete die Hauptmannschaft von Anfang des Jahres 1337 bis zum Ende dieses Jahres. Ob ihm gleich nach dem Tode des Herzogs Heinrich VI. dieses Amt übertragen wurde, dies festzustellen, ist nicht möglich gewesen. In den Obergerichtsbüchern ist sein Name zuerst im Januar 1336 zu finden.[1] Werunsky[2] ist der Ansicht, daß Borsnitz noch im Jahre 1335 vom Markgraf Karl als Landeshauptmann eingesetzt wurde. Als reich begüterter Edelmann hatte er mit dem Breslauer Bürger Gisko Reste zusammen dem böhmischen Könige Johann 300 Mark geliehen, welche ihnen im Jahre 1338 von der Stadt Breslau unter dem Vermerk „expensae domini regis“ ausgezahlt wurden.[3]

[1] Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsbücher No. 1, Bl. 18 b.

[2] Geschichte Kaiser Karls IV. I Bd. S. 157.

[3] Henricus pauper. Cod. dipl. Sil. III, 64.

Er starb vor dem Jahre 1349; denn am 30. Dezember 1348 urkundete der damalige Landeshauptmann Konrad von Falkenhain, daß Bischof Prezislaus von Breslau von Agnes, der Witwe des Ritters Konrad von Borsnitz, und deren Söhnen das ius ducale über die Dörfer Thauer und Mochbern (bei Breslau), von denen das erstere von jeher dem Bischof, das andere dem Dekan des Domes gehört habe, welches ius ducale angeblich Herzog Heinrich VI. jener Familie Borsnitz geschenkt hatte, mit Unterstützung Karls IV. durch Zahlung von 142 Mark zurückgekauft habe, woraufhin jene auf ihre Ansprüche verzichteten.[1]) Von seinen Söhnen Hermann, Konrad, Johann, Friedmann und Otto ist der erstgenannte im Jahre 1365 Pleban in Oels gewesen. Als solcher trat er an seinen Neffen Hermann, den Sohn seines Bruders Otto, sein ganzes Erbteil in Jerlandsdorf Krs. Neumarkt ab.[2]) Der Nachfolger Konrads von Borsnitz in der Verwaltung der Landeshauptmannschaft war

Heinrich von Haugwitz

vom Januar des Jahres 1335[3]) bis zum Herbst des Jahres 1339.[4]) Durch seine Vermittelung gelangte Karl IV. in den Besitz der Stadt und des Weichbildes Frankenstein. Dieses Gebiet nebst dem Kloster Kamenz hatte nämlich Nikolaus, Fürst von Schlesien und Herr von Münsterberg, im Jahre 1346 an Heinrich von Haugwitz um 1000 Mark Prager Pfennige verpfändet.[5]) Da Karl IV. den Herzog Bolko von Schweidnitz zwingen wollte, die Lehnsoberhoheit Böhmens auch für sein Herzogtum anzuerkennen, weil dieser noch nicht Vasall der Krone Böhmen war und dem

[1]) Breslauer Diözesan-Archiv. Urk. M. 26.
[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsbch. No. 37, Bl. 88.
[3]) Breslauer Staatsarch. Rep. 16 Obergerichtsbch. No. 1, Bl. 31.
[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 Obergerichtsbch. No. 1. Bl. 50.
[5]) Lehns- und Besitzurk. Schles. II, 140.

Könige Karl immer viel schaden konnte, wenn er sich mit dessen Feinden vereinigte, so kaufte er, um Bolko wenigstens einigermaßen im Zaume zu halten, dieses Gebiet von Heinrich von Haugwitz ab, wodurch er den Herzog auch von dieser Seite einschloss. Hierauf bestätigte er alle Freiheiten, welche die Stadt Frankenstein und das Kloster Kamenz von den Herzogen von Münsterberg sonst erhalten hatten; und die Stadt unterschrieb eine Versicherung, dass sie von Heinrich von Haugwitz an die Krone Böhmen sei versetzt worden.[1]) Am 9. November 1351 brachte Karl IV. die Stadt Frankenstein nebst dem Stifte Kamenz und den dazugehörigen Ländereien vollständig an sich und seine Nachfolger, die Könige von Böhmen, indem er dafür 6000 Prager Groschen dem Herzoge Nikolaus von Münsterberg bezahlte.[2]) Heinrich von Haugwitz besass auch die Goldbergwerke zu Reichenstein. Im März 1356 schloss Karl IV. mit dem Herzoge Bolko von Schweidnitz einen Vertrag, in dem u. a. auch dem Herzoge gestattet wurde, diese Goldbergwerke von den Gebrüdern Swidig und Heinrich von Haugwitz zu kaufen und lebenslang zu besitzen; nach dessen Tode sollten sie dem Kaiser gehören. Der Vater des Ritters Heinrich von Haugwitz hatte dem Abte Winand und dem Stifte Heinrichau einen Erbzins in der Stadt Münsterberg geschenkt, der so verwendet werden sollte, dass davon für 4 Mark am Feste der zehntausend Ritter den Klosterbrüdern eine Refektion bereitet werden sollte und eine gleiche am Anniversal Kilians. Der Rest des Zinses sollte zur Ausbesserung der Glasfenster und des Daches der Haugwitzschen Kapelle, die mit dem Kloster verbunden war, verwendet werden. Am 8. März 1320 bestätigten Heinrich und sein Bruder Rüdiger von Haugwitz als Erben der väterlichen Güter zugleich mit ihrem Oheim

[1]) Lehns- u. Besitzurk. Schles. II, 141.
[2]) a. a. O. 142.

Gelfried und ihrem Vetter Otto diese vom nunmehr verstorbenen Kilian gemachte Schenkung.[1])

Auf Heinrich von Haugwitz folgte im Sommer 1339[2])

Konrad von Falkenhain,

welcher die Landeshauptmannschaft zunächst bis zum Herbst 1341[3]) verwaltete. Er muß über ein grosses Vermögen verfügt haben, da sowohl der Herzog Heinrich VI. von Breslau als auch der Herzog Ludwig von Brieg sich Geld von ihm geliehen haben. Am 25. Juli 1332 verpfändete Heinrich, Herzog von Schlesien und Herr von Breslau, an ihn all sein herzogliches Recht und die Herrschaft über 18 Hufen im Dorfe Jackschenau (im Kreise Breslau) um 100 Mark, welche er ihm als Geldschuld und für erlittenen Schaden schuldig war, mit Vorbehalt des Roßdienstes und der Obergerichte über Hals und Hand.[4]) Am 8. Mai 1364 gelobten die Konsuln von Brieg, ihm von seiten des Herzogs Ludwig von Brieg einen zwanzigjährigen Zins zu zahlen für 210 Mark, die ihm der Herzog schuldig war.[5]) Große Besitztümer erhielt er auch von seinem Schwiegervater, dem Breslauer Bürger Matthias von Mühlheim.[6]) Daß er ein großes Ansehen bei den Breslauer Bürgern besaß, beweißt folgende Tatsache: Als im Jahre 1339 der Herzog Boleslaus von Liegnitz in seiner maßlosen Verschwendung die Lande Hainau und Liegnitz an vier Breslauer Bürger verpfändete, da übertrugen die Gläubiger die Verwaltung der Gebiete an ihn, den damaligen Landeshauptmann, und den Ritter Johannes Schirmer. Diese hatten die Regierung der verpfändeten Bezirke vollständig in ihren Händen, da

[1]) Cod. dipl. Sil. XXII, S. 57.
[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16. Oberger. Bücher No. 1. Bl. 49.
[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16. Oberger. Bücher No. 1. Bl. 61b.
[4]) Cod. dipl. Sil. XXII, S. 154.
[5]) a. a. O. IX, 17.
[6]) a. a. O. XXII, 159.

der Herzog nicht bloß die Einkünfte, sondern auch alle Hoheitsrechte aufgab.[1])

Unter der Verwaltung der Landeshauptmannschaft des Fürstentums Breslau durch Konrad von Falkenhain kam es zu einem Streite zwischen dem Könige Johann von Böhmen und dem Bischof von Breslau Nanker wegen der Stadt Militsch, die, obgleich sie dem Domkapitel gehörte, von dem böhmischen Könige zu Kriegszwecken in Besitz genommen wurde.[2]) Im Jahre 1339 exkommunicierte der Bischof den König und, nachdem er die Stadt Breslau mit dem Interdikt belegt hatte, sprach er am 15. Dezember 1340 über den Breslauer Landeshauptmann Konrad von Falkenhain, sowie über die Ratsherren der Jahre 1339 und 1340 wegen der im Namen des Königs auf die kirchlichen Einkünfte gelegten Sperre und wegen Nichtachtung des Interdikts den Bann aus.[3]) Den Verlauf dieses Streites schildern eingehend der Exkommunikationsbrief des Bischofs an die Archidiakonen zu Breslau, Liegnitz, Glogau und Oppeln und an den Pfarrer in Neisse, sowie das Schreiben des Bischofs von Albanum Gaucelmus an den Bischof von Breslau.[4])

Der Bischof Nanker legt den Streit folgendermaßen dar: Trotz der Strafbestimmungen des Papstes Benedikt XI., des Kardinallegaten Gentilis und der vom Erzbischofe Janizlaus abgehaltenen Synode der Gnesener Kirchenprovinz gegen die ungerechte Wegnahme der Kirchengüter haben der königliche böhmische Landeshauptmann Konrad von Falkenhain und die Konsuln vom Jahre 1339 im Namen des Königs Johann von Böhmen gewaltsam Einkünfte und

---

[1]) Böhmer, Regesta imperii VIII, n. 6451.

[2]) Vita Caroli IV. Böhmer, Fontes rerum Germanicarum. Stuttgart 1843. I. Bd. S. 259.

[3]) Korn, Bresl. Urkb. 147 ff.

[4]) Bresl. Diözesanarchiv, Urk. W. 40.

Güter des Domkapitels von Ordens- und anderen Kirchen in der Stadt und in Bezirken von Breslau und Neumarkt in Besitz genommen. Die Ratmannen vom Jahre 1340 verharren in diesem ungerechten Besitz. Deshalb erklärt der Bischof den König, den Landeshauptmann und die genannten Konsuln seit dem Beginne dieser Freveltaten, d. i. seit dem 10. September 1339, für exkommuniciert und das Breslauer und Neumarkter Gebiet für interdiciert. Ferner, da die Konsuln mit dem Landeshauptmann die Breslauer Pfarrer Thammo Quas von Magdalena, Johannes Baran von Elisabeth, Johannes vom Heiligen Geist, Nikolaus Romea von Nikolaus und Johannes von Mauritius, vertrieben und an ihre Stelle an der Magdalenenkirche Reinhardus von Thuringia, einen entlaufenen Cistercienser aus Grüssau, Martinus und Wenzeslaus, an der Elisabethkirche Heinrich Pistoris, Ludwikus, Nikolaus von Friedeck und Jakob von Moravia, an der Heiligen Geistkirche Wolfmar von Lübeck und Petrus von Margiburg, an der St. Nikolaikirche Heinrich von Kunzendorf, bei St. Mauritius Johannes eingesetzt haben, sind diese Eindringlinge den durch Statut des Kardinals Gentilis festgesetzten Strafen verfallen. Der Bischof gebietet nun Aufrechthaltung des Interdikts und erklärt alle von ihm, seinem Offizial oder dem Breslauer Subkustos Andreas verliehenen Privilegien, wonach eine in einem interdicierten Orte lebende Person ausserhalb desselben die Sakramente empfangen und dem Gottesdienste beiwohnen kann, für aufgehoben. Der Landeshauptmann und die Ratsherren haben auch den Kreuzherrn Hermann aus dem Matthiasstifte und die Brüder Heinrich von Polsnitz, Konrad Bawari, Johann von Brieg, Volpertus aus dem Sandkloster durch Theodricus von Mühlheim, Godinus und seinen Bruder Adolf, genannt Katzenschinder, Hanko, den Diener des Godinus, und zwei Ratsdiener am Freitag nach dem

Oktav des Osterfestes, d. i. an dem 28. April, vertrieben, am 24. November (VIII. Kal. Dez.) 1340 die Domkirche entweiht, die verschlossene Sakristei aufgesprengt und halten sie jetzt noch durch ihre Diener besetzt und verwehren den Geistlichen den Zutritt.

In dem Schreiben des Bischofs von Albanum Gaucelmus vom 3. September 1353 (III. non. Septembr. pontific. Clementis pp. VI. anno secundo) heißt es dagegen: Es sei ihm von Seiten der Stadtgemeinde Breslau durch ihren Syndikus Tilo von Liegnitz berichtet: Seiner Zeit hat König Johann von Böhmen sich des der Breslauer Kirche gehörigen Schloßes Militsch bemächtigt und, damit er nicht vom Bischof Nanker deswegen mit Kirchenstrafen belegt werde, in dieser Sache die Entscheidung des Papstes angerufen, auch seinen Breslauer Landeshauptmann Konrad von Falkenhain und die Breslauer Ratmannen des Jahres 1339[1]) und die des nächsten Jahres veranlaßt, sich dieser Appellation anzuschließen. Dennoch hat Nanker über den König die Exkommunication und über dessen Länder das Interdikt verhängt. Der Landeshauptmann und die Konsuln verlangten vom Klerus, er solle sich der Appellation anschließen und trotz der bischöflichen Zensuren weiterhin Gottesdienst halten; sonst werde man ihm den obrigkeitlichen Schutz entziehen. Daraufhin ergriffen einige vom Klerus die Flucht; diejenigen, welche nicht Gottesdienst halten wollten, wurden genötigt, die Stadt zu verlassen. An ihre Stelle wurden fremde und unbekannte Geistliche in den Kirchen eingeführt und das Volk angehalten, dem Gottesdienste derselben beizuwohnen. Einige vom Klerus wurden sogar gefangen genommen und verwundet. Damit die Kirchenschätze nicht verloren gingen, legten die Konsuln auf 3 Jahre, nicht in räuberischer Absicht,

[1]) Im Texte steht irrtümlich: quadragesimo nono.

Wächter in den Dom und schlossen die Sakristei mit einer eisernen Kette. Der Bischof Nanker ließ deshalb den Landeshauptmann, die Konsuln und ihre Genossen als exkommuniziert verkünden. Nachdem alsdann eine Aussöhnung stattgefunden und die königliche Partei sich bereit erklärt hatte, den Befehlen der Kirche zu gehorchen, wurde auf Bitten jener im Auftrage des Papstes dem Bischof nahegelegt, den Landeshauptmann, die Ratmannen und ihren Anhang von den Kirchenstrafen freizusprechen, sofern sie die Bedingungen der Versöhnung erfüllten. Soweit reicht die Schilderung dieses Streites durch den Bischof Gaucelmus.

Konrad von Falkenhain und die Ratmänner sollten aber erst dann vom Kirchenbann losgesprochen werden, wenn sie den Eid leisteten, daß sie sich den Befehlen der Kirche und der Inquisitoren, welche der Breslauer Offizial in die Stadt geschickt hatte, mit Obligation aller ihrer Güter unterwerfen würden. Da sie ihr Versprechen nicht erfüllten, so erklärten die Inquisitoren sie für infame Gönner der Ketzer und ersuchten den König Johann und Markgraf Karl, innerhalb 30 Tagen die Güter des Konrad von Falkenhain und der Konsuln einzuziehen und nichts davon ihnen zukommen zu lassen. Der Landeshauptmann und die Ratmanen klagten ihrerseits beim böhmischen Könige die Inquisitoren wegen ungerechten Verfahrens an. Dieser ließ nun, um den Streit zu entscheiden, einige Domherren mit dem Inquisitor Schwenkenfeld nach Prag kommen. Damit sie aber sicher reisen könnten, befahl er dem Landeshauptmann Konrad von Falkenhain und einigen Konsuln, diese zu begleiten und unverbrüchlich Frieden zu halten. Schwenkenfeld wurde aber ermordet, und Konrad von Falkenhain und die Ratmannen bekamen Stubenarrest, weil der König sie dieser Mordtat verdächtigte. Nachdem sie aber ihre Versicherung, daß sie

von der Tat gar nichts wüßten, eidlich bekräftigt hatten, erhielten sie wieder ihre Freiheit.[1])

Um Karl IV. hatte sich Konrad von Falkenhain dadurch sehr verdient gemacht, daß er ihn aus der Gefangenschaft des polnischen Königs Kasimir, in welche er im März 1355 in der Stadt Kalisch geriet, befreite. Zu diesem Zwecke war er, als er von der gefahrvollen Situation Karls Kunde erhalten hatte, sogleich mit 300 Bewaffneten bis auf eine Meile vor Kalisch erschienen und hatte einen Boten mit einem guten Reitpferde unverweilt an Karl geschickt, um ihn zu benachrichtigen, daß man in aller Stille sein glückliches Entkommen aus der Stadt erwarten und ihn dann sicher über die polnisch-schlesische Grenze hinübergeleiten werde. In der Tat war es Karl geglückt, unter dem Schutze der Reiterschar Konrads von Falkenhain nach Breslau zu gelangen.[2])

Heinrich von der Stercze

folgte auf Konrad von Falkenhain in der Verwaltung der Landeshauptmannschaft. Er hatte dieses Amt vom Oktober 1341[3]) bis zur Mitte des Jahres 1343[4]) inne. Daß er ein wohlhabender Ritter gewesen ist, erhellt daraus, daß sowohl König Johann als auch Karl IV. sich in Geldangelegenheiten an ihn gewandt haben. Am 6. Dezember 1351 bestätigte er nämlich den Empfang einer Geldsumme, welche er Karl IV. und dessen Vater Johann geliehen hatte.[5])

---

[1]) Klose, Dokumentierte Geschichte von Breslau II, S. 163 ff.

[2]) Vita Caroli IV. Böhmer, Fontes rerum Germanicarum Bd. I. S. 265 f.

[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Oberger. Büch. No. 1, Bl. 61 b.

[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Oberger. Büch. No. 1, Bl. 71 b.

[5]) Bresl. Stadtarch. Urk. Ropp. 51 r.

Nach ihm wurde wiederum

Konrad von Falkenhain

Landeshauptmann des Fürstentums Breslau. Er verwaltete dieses Amt bis zum Juli 1361.[1]) Während dieser Amtsperiode ließ er sich vielfach vertreten und zwar im Jahre 1355 durch Heinrich von Kalow,[2]) Ende des Jahres 1357[3]) und Anfang 1358[4]) durch Petschko von Gebecz, durch die Breslauer Konsuln in den Jahren 1358,[5]) 1359[6]) und 1360[7]). Daß Petschko von Gebecz nur vertretungsweise die Landeshauptmannschaft innehatte, was bis jetzt von Bobertag[8]) u. a. m. übersehen wurde, erhellt daraus, daß während der Jahre 1357 und 1358 außer ihm und dem Breslauer Rate Konrad von Falkenhain[9]) als Landeshauptmann genannt wird, welcher dieses Amt noch bis 1361 verwaltete und sich noch im Jahre 1359 durch Johann von Struppitz vertreten ließ.[10])

Seit Juli 1361 ließ Karl IV. durch den

Breslauer Rat

die Landeshauptmannschaft bis Juni 1369[11]) verwalten.

[1]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 31, Bl. 87b.

[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 2, Bl. 108b. 115, 116, 117b, 120b; nos Henricus de Calow gerentes vices strenui militis domini Conradi de Falkenhain etc.

[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 2, Bl. 146, 147: nos Peczko de Gebez nomine et vice spectabilis viri domini Burchardi purgravii Mandenburgensis regia majestate Boemie capitaneus Wratislaviensis etc.

[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2, Bl. 145b. No. 3, Bl. 3.

[5]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 3, Bl. 2. 3b. 4. 4b. 12b. 13. 14. 15. 17.

[6]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Oberger. Bch. 3, Bl. 23b. 24. 31b.

[7]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Oberger. Bch. No. 3, Bl. 42.

[8]) Die Gerichte und Gerichtsbücher des Fürstentums Breslau. Ztsch. d. Vereins f. Gesch. Schl. Bd. VII. S. 157.

[9]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2, Bl. 146. 147. No. 3, Bl. 5. 7.

[10]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 3, Bl. 27b.

[11]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 378.

Von dieser Zeit an führte den Titel „Landeshauptmann von Breslau“ der böhmische Edelmann

Thimo von Kolditz

bis zum Jahre 1383, hielt sich aber mehr außerhalb als innerhalb des Fürstentums Breslau auf. Er war ein fast ständiger Reisebegleiter des Kaisers Karl IV. Im Jahre 1370 ging er mit ihm nach Nürnberg,[1]) 1372 nach Molberg,[2]) 1374 nach Berlin[3]) und Nürnberg[4]), im Jahre 1375 weilte er in Prag[5],) 1376 in Nürnberg,[6]) Bacharach,[7]) Frankfurt a. Main[8]) und Prag,[9]) 1377 in Tangermünde,[10]) Minden[11]) u. s. w. Daraus kann man nun ersehen, daß er unmöglich die Landeshauptmannschaft in Breslau verwalten konnte. Die Annahme dürfte sich daher wohl bestätigen, daß er hierin durch den Breslauer Rat vertreten wurde.

Im Jahre 1355 war er Hauptmann in Bautzen und Görlitz;[12]) 5 Jahre später wurde er von Karl IV. zum Meister der kaiserlichen Kammer ernannt.[13]) Palacky[14]) nennt die Familie Kolditz „eine aus der Markgrafschaft Meißen während der kurzen Vereinigung der Markgrafschaft mit Böhmen eingewanderte“. Thimo von Kolditz wurde auch zu diplomatischen Diensten verwendet. So z. B. fungierte er als Gesandter im Jahre 1338, als Herzog

[1]) Böhmer, Regesta imperii VIII, n. 4884.
[2]) a. a. O, VIII, n. 5159.
[3]) a. a. O. VIII, n. 5342.
[4]) a. a. O. VIII, n. 5439.
[5]) a. a. O. VIII, n. 5474.
[6]) a. a. O. VIII, n. 5547. 5562.
[7]) a. a. O. VIII, n. 5588.
[8]) a. a. O. VIII, n. 5603.
[9]) a. a. O. VIII, n. 5724.
[10]) a. a. O. VIII, n. 5819 a.
[11]) a. a. O. VIII, n. 5829.
[12]) a. a. O. VIII, n. 1997.
[13]) a. a. O. VIII, n. 3330.
[14]) Gesch. v. Böhmen, II, 2. Prag 1842, S. 20.

Heinrich von Schlesien, Herr zu Fürstenberg und Jauer, an den böhmischen König Johann Lauban, Friedeberg, Sorau, Triebel, Senftenberg, Zschochan und Schwerta abtrat.[1]) Seine Allodialherrschaft Kolditz[2]) trug er am 17. März 1368 dem Kaiser, als dem Könige von Böhmen, zu Lehen auf und wurde mit derselben wieder belehnt.[3]) Als ihm die Landeshauptmannschaft des Fürstentums Breslau übertragen wurde, besaß er kein Gut in diesem Gebiete; hierbei hat also Karl IV. gegen das Versprechen seines Vaters, des Königs Johann: nullum eciam alium praeterquam aliquem terrigenam ydoneum ipsi terre capitaneum preficiemus aut prefici paciemur gehandelt. Im September 1377 kaufte er von Nikolaus vom Zeisberge das Schloß Lähn mit dem Landgerichte daselbst und die Stadt Schönau.[4]) Er scheint dem Kaiser Karl öfter Geld geliehen zu haben. Im September 1356 bekannte Karl IV., ihm 300 Schock Prager Groschen schuldig zu sein, und wies ihm 60 Schock derselben Groschen auf die Städte Görlitz, Bautzen, Liebau und Lubau an, welche diese bis zur Abzahlung jener Summe jährlich bezahlen sollten.[5]) Im Jahre 1364 wies er Thimo von Kolditz für eine Schuld von 1200 Schock Prager Pfennige 120 Schock jährlich bis zur Lösung auf die beiden Städte Bautzen und Görlitz an[6]), während er schon 9 Jahre vorher ihm 300 Schock Prager Groschen auf die Steuer der Stadt Bautzen dergestalt angewiesen hatte, daß er oder sein Schwager, der Vizehauptmann Heinrich von Kittlitz, 80 Schock bis zur Erfüllung jener 360 Schock empfangen sollte.[7])

[1]) Lehns- und Besitzurk. Schles. I, 78.
[2]) Kolditz liegt an der Zwickauer Mulde s.-ö. von Leipzig.
[3]) Böhmer, Reg. imp. VIII, n. 4627.
[4]) Lehns- und Besitzurk, Schles. I, 521.
[5]) Böhmer, Reg. imp. VIII, n. 2505.
[6]) a. a. O. VIII, n. 4075.
[7]) a. a. O. VIII, n. 1997.

Sechstes Kapitel.

Die Befugnisse des Landeshauptmanns des Fürstentums Breslau.

1. Abschnitt:

Gerichtliche Befugnisse.

Dem Landeshauptmann, als stellvertretendem Regenten des dem Könige von Böhmen unmittelbar unterworfenen Breslauer Fürstentums, lag die Verwaltung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit ob. Er führte den Vorsitz im Hof- oder Mannengerichte (iudicium curiae).[1]) Vor diesem Gerichte verlieh der Landeshauptmann — sei es auf Grund genereller oder spezieller Vollmachten[2]) — die Lehen an Stelle des Königs von Böhmen, der als Inhaber der Herzogsgewalt über den herzoglichen Dominialbesitz verfügte, der allerdings nach der Weise des späteren Mittelalters meist nicht selbst bewirtschaftet, sondern nur zur Geldbeschaffung, durch Verkauf oder Pfändung benutzt wurde; ferner gebührten dem Könige die Lehnsdienste der Grundherren, welche ihre Güter noch zu Lehnsrecht besassen, sowie das Anfallsrecht bei der Erledigung der Lehen. Wie ferner die Sentenzen der Obergerichtsbücher[3]) zeigen,

[1]) Im Jahre 1452 wird von Wladislaus, dem Könige von Ungarn und Böhmen, Breslau „der obrist stul in der Slezien“ genannt. Meinardus, Das Neumarkter Rechtbuch etc., Darstellungen und Quellen zur schles. Gesch. Bd. II. S. 273.

[2]) Eine ausdrückliche Erklärung des Königs hierüber ist erst, wie Bobertag (Ztschr. des Ver. f. Gesch. u. Altert. Schles. Bd. VII, 124.) versichert, aus dem Ende des 15. Jahrhunderts erhalten.

[3]) Im Bresl. Staatsarch.

mußte vom Landeshauptmann auch im Hofgerichte der Erwerb adeliger Güter, sei es durch Kauf, Schenkung oder Erbgang, d. h. solcher Güter, auf denen die Pflicht zum Kriegsdienst ruhte, und die daher zur Ritterschaftsmatrikel gehörten, bestätigt werden, nicht minder andere sie betreffende Geschäfte, wie: Verzichte, Bestellung der Leibzucht usw. Hatte ein Ritter oder Lehnsmann die Urkunden, in welchen ihm der Besitz seiner Güter zuerkannt war, durch Feuer oder auf eine andere Weise verloren, so mußte er vor dem Mannengerichte den Besitz derselben durch Eidschwur versichern.[1]) Seit dem April 1327 bis zum Tode Heinrich VI. geschah die Auflassung aller Erbgüter, Dörfer, Mühlen und Allode vor dem Burggrafen und den Konsuln von Breslau.[2]) Vor das Hofgericht gehörten ferner die Feststellung über den Umfang der peinlichen Gerichtsbarkeit des Erbvogtes,[3]) sowie Streitigkeiten über die Einkünfte desselben;[4]) vor diesem Gerichte

[1]) Stadtarch. Urk. S. 15.

[2]) Cod. dipl. Bd. XXII, 12 f.

[3]) Meinardus, a. a. O. S. 239 Urk. 34.

[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Oberger.-Bch. 49, Bl. 352: nos consules etc. tenore presentium recognoscimus uniuersis, quod coram nobis et strenuis dominis Franczkone de Somiruelt et Kryk de Hugewicz, militibus, Jescone de Smolcz, Gunthero Birechin, Hancone Budissin, Hancone Sechsbechir, Richardo de Gobin et Hancone Burgirmeistir pheudalibus domini nostri praedicti in bannito iudicio honesto Dominico Dominici ciue Wratisl. nostro nomine iudicio praesidente inter strenuum dominum Henselinum de Schelndorf militem ex una et honestum Czamborium aduocatum haereditarium in Lesna parte ex altera sumatum est iuridice et diffinitum. Quod praedictus dominus Henselinus de Schelndorf iuxta literas suas, sicut per tenores earundem literarum fuit et est missus in possessionem aduocatiae in Lesna et omnium pertinentiarum ipsius famulum quem tenere debet, pro aduocato debeat tenere. de bonis aduocaciae praenarrate et, si ultra censum ipsius dmn. Henselini et expensas famuli pro aduocato tenendi aliquid superfuit, illud dm. Henselinus de Schelndorf praetactus dare debeat Czamborio aduocato in Lesna memorato. nos vero dictam sententiam per dictos dns. pheudales legitime prolatam, ratam habentes et gratam, etc. Dat. Wratisl. IV. feria proxima post diem siue festum Omnium Sanctorum Anno Domini MCCCLXVII.

mussten sich auch die Schöffen des Landgerichts zu Neumarkt, welche wegen eines ungerechten Urteils angeklagt wurden, verantworten,[1]) wie auch die Konsuln dieser Stadt, wenn gegen sie Klagen erhoben wurden.[2])

Seit 1369 galt als zuständiges Gericht für Ritter und Vasallen nur das Hofgericht. Diese müssen wohl das von Herzog Heinrich III. am 5. Oktober 1263 der Stadt Breslau erteilte[3]) und vom Könige Johann von Böhmen am 31. Oktober 1343 bestätigte[4]) Privileg angefochten haben; denn die Schöffen zu Magdeburg bezeugten dem Kaiser Karl IV.[5]): Daß die Stadt Breslau von unvordenklichen Zeiten her sich des Magdeburger Rechtes bedienet, so daß, so oft eine Bedenklichkeit inbetreff dieses Rechtes bei den Breslauer Bürgern entstanden, sie ihre Zuflucht zum entscheidenden Urteil der Magdeburger Schöffen genommen haben. Dann scheidet der Rechtsspruch die Ritter (hier dynstlute genannt) in zwei Arten: erstens in solche, welche unter sich als Ritter gelten und gehalten werden, und zweitens: in einfache Ritter, Hörige, Landleute. Während die letzteren verpflichtet seien, vor dem Stadtrichter, wenn sie von ihm vor Gericht geladen würden, zu erscheinen, brauchten die ersteren vor dem Stadtgerichte, wenn sie da verklagt würden, nicht Recht zu nehmen, wenn sie nur Kaution stellten und versprächen, vor ihrem Herrn oder seinem dazu eingesetzten Richter an einem anberaumten Tage zu erscheinen und dem Kläger Genugtuung verschaffen zu wollen. Auf diese Weise ist das Weistum der Magdeburger Schöffen zu Gunsten der Ritter und Vasallen ausgefallen, indem es

---

[1]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 146.

[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 16, — Beide Urkunden sind auch veröffentlicht bei Meinardus, a. a. O. S. 243 ff.

[3]) Vgl. S. 5 f.

[4]) Korn, Bresl. Urkb., S. 160.

[5]) a. a O. S. 215.

als das für Ritter und Vasallen zuständige Gericht das Hofgericht bezeichnet (coram domino vel suo iudice ad hoc constituto). Als Urteiler im Hofgerichte saßen die verschiedensten Mannen — in einzelnen Fällen einige Ritter und eine Anzahl Ratsleute[1]) —, sodaß man annehmen muß, der Landeshauptmann habe, wen er von ihnen gelegentlich erreichen konnte, zur Hofebank entboten. Die Zahl der Beisitzer des Hofgerichts schwankt zwischen 6—9. Erst vom Jahre 1361 an kann man von verordneten Mannen sprechen; ihre Zahl bleibt von nun ab konstant und beträgt acht.[2])

Von diesem Hofgerichte war eine Appellation an den böhmischen König statthaft. Dies zeigt uns eine Urkunde vom 28. Oktober 1351.[3]) In Canth, welches seit 1347 mit dem Fürstentum Breslau vereinigt war,[4]) kam es zwischen dem Erbvogte Steffanus und den dortigen Ratmannen betreffs des Rechts der Mehleinfuhr zum Streite. Heinrich von Stercza entschied den Streit dahin, daß der Erbvogt das erhalten solle, was er mit Urkunden beweisen könne. Eine der streitenden Parteien war mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und übergab diese Angelegenheit dem Mannengerichte oder Appellationsgerichte, welches aber das von Heinrich von Stercza gefällte Urteil bestätigte.[5]) Auch mit diesem Rechtsspruch nicht zufrieden, unterbreitete man die Streitsache dem Könige; denn laut der Urkunde vom 28. Oktober 1351 bekennt Karl IV., daß Burchardus, Burggraf von Magdeburg, und Henrikus, Probst von Sderas, Registratoren des königl.

---

[1]) Breslauer Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 19. 19b.

[2]) Vgl. Excurs II.

[3]) Abgedruckt bei Schulte, Die politische Tendenz der Cronica principum Polonie. (Darstellg. u. Quellen zur schles. Gesch. Bd. I, S. 213.)

[4]) Lehns- und Besitzurk. Schles. I, S. 89.

[5]) Bresl. Diöz. Arch. Urk. D. D. 62.

Hofgerichts, als Vorsitzende, und die Beisitzer des Hofgerichts: Ritter Heinrich von Schwarzenhorn, Burggraf Hermann, Heinrich Kalow, Heinrich von Molsdorf, Paul Dumlose, Peter Stengel, Nikolaus von Strachwitz und Heinrich von Sittin den Prozeß des Erbvogtes in der Stadt Canth gegen die Ratmannen daselbst und den Breslauer Bürger Hanko von Glogovia folgendermaßen entschieden haben: Gemäß den Privilegien der Vogtei hat keine Mühle im Umkreise von Canth, auch nicht die dem Hanko von Glogovia gehörige Bartmoel, das Recht der Mehleinfuhr in die Stadt Canth, außer der zur Vogtei gehörigen und der Mühle des weiland Petrus Owis. Niemand soll weiterhin den Erbvogt in der Ausübung der in der Urkunde [1]) des Herzogs Bernhard von Schweidnitz vom 8. September 1314 verbrieften Privilegien hindern. Karl IV. bestätigte in Breslau diesen Bescheid.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde der Zug vor des „Herren Antlitz“ nicht in Prag, sondern in Breslau entschieden. Bei der damaligen Unsicherheit der Straßen war die ohnehin große Unbequemlichkeit, außerhalb der Stadt vor ein anderes Recht gezogen zu werden, doppelt groß. Auch war es außerdem den Bürgern wichtig, nicht vor fremden Richtern zu Recht stehen zu müssen. Daß die Breslauer unter der Regierung der Piasten dieses Privileg besaßen, beweist eine Rechtsbelehrung der Breslauer Ratmannen, Schöffen und Bürger für die Stadt Glogau vom Jahre 1302.[2]) Darin heißt es: Wer Burger czu Glogow ist und wirt geczogen ader her czie sich vor unsers Herren Antlitze, des Fursten, ader vor seynen Hoverichter, den Burger sal man nicht czihen buzzen der Stat Slosse, sunder in der Stat sal her antworten und der Stat syeben Scheppfen sullen volgen und

[1]) Bresl. Diöz. Arch. Urk. D. D. 25.

[2]) Tchoppe und Stenzel, a. a. O. S. 445.

in deme Gerichte siczczen und nach iren Urteylen und nach der Stat Recht sal di Teidinc enden und sal vorendet werden. Dieses Recht hatte vor dem Jahre 1357 für Breslau seine Geltung nicht verloren; denn in den Urkunden, durch welche den Städten Goldberg[1]) und Hainau[2]) im Jahre 1357 das Breslau-Magdeburger Recht verliehen wurde, wird ausdrücklich hervorgehoben: Unde ap, unsir Nachkomelinge adir Anewaldin, uns czin welden adir czogen mit der mit Burger eyme adir me, adir welchirley Persone das were, der sy anspreche, so sal der Czog blyben in der Stat Mumer do selbist und nicht dorus. Für die Annahme, daß Appellationen an die königliche Kammer nicht in Prag, sondern in Breslau entschieden wurden, sprechen der Verlauf des Prozesses zwischen dem Erbvogt von Canth und den Ratmannen daselbst, wie auch die Verweisung der Klage der Elisabeth von Czamborndorf vor dem magister curie sive aule imperialis Burchard, Burggrafen von Magdeburg, gegen den alten und neuen Rat der Stadt Neumarkt an das Hof- und Mannengericht des Fürstentums Breslau.[3])

Dagegen erweckt eine Bestimmnng des Breslauer Landrechtes im Jahre 1356 den Anschein, als ob der Rechtszug an die königliche Kammer zu Prag bestanden hätte.[4]) „Dem widerspricht aber", wie Schulte[5]) zutreffend ausführt, „nicht bloß die ganze Tendenz der Gesetzgebung der luxemburgischen Könige, welche die Selbständigkeit Schlesiens stets gewahrt haben, sondern auch eine eingehende Prüfung der Verordnung König Johanns vom 31. März 1343. Hier wird ausdrücklich bestimmt, daß auch die Berufungen an den König von dem

[1]) Tschoppe u. Stenzel, a. a. O. S. 576.
[2]) a. a. O. S. 577.
[3]) Abgedr. b. Mainardus, a. a. O. S. 244 f.
[4]) Kap. 357 d. Bresl. Landr.
[5]) Schulte, a. a. O. S. 212.

Breslauer Mannengericht unter dem Vorsitze des Hauptmannes, als des Vertreters des Königs, entschieden werden sollen."

Durch diese Verordnung [1]) setzte nämlich der böhmische König Johann ein besonderes Berufungsgericht für Stadt und Fürstentum Breslau ein, welches von 12 Schöffen gehegt werden sollte. Von diesen sollten 6 Landsassen, die übrigen 6 Bürger aus der Stadt sein, welche Lehen oder erblichen Besitz im Fürstentum Breslau hatten. Dabei wurde das aktive Wahlrecht den Landsassen und den Ratmannen zugesprochen. Die nun gewählten Schöffen sollten den üblichen Eid im Rathause in Gegenwart des Landeshauptmannes leisten. Den Vorsitz in diesem Gerichte hatte der Landeshauptmann zu führen und in dessen Abwesenheit der Hofrichter, der auch in dem Landgerichte den Vorsitz zu führen pflegte. In zweifelhaften Rechtsfällen sollten beim Breslauer Rate Rechtsbelehrungen gesucht und empfangen werden. Diese 12 Schöffen sollten auch zum Hofgerichte und zu anderen Gerichten berufen werden. Ihre Aufgabe ist die Rechtsprechung in solchen Sachen, die infolge Berufung (ex prouocacione appellacionum) zu erledigen sind. Alle Gerechtsame aber, welche dem Könige aus diesem Rechtszuge zustehen (dumtaxat nobis nostrisque successoribus omnibus iuribus et dominiis ex prouocacione appellacionum nobis de iure competentibus), behält er sich vor. Ein solches Appellationsgericht, von 12 Schöffen gebildet, hatte den Streit zwischen dem Erbvogt von Canth und den Ratmannen daselbst im Juli 1351 entschieden.[2])

---

[1]) Korn, Bresl. Urkb. S. 156 f.

[2]) Bresl. Diöz. Arch. Urk. D. D. 62.

Nos Conradus de Falkinhain Regia maiestate Boemie Capitaneus Wratzl. presentium inspectoribus notum esse volumus vniuersis, quod in nostra et strenuorum dominorum Schibchini de Czeczow, Henrici Wende, Heynczonis de Stercza, Heynczonis de

Nach der Darlegung von Meitzen suchte auch das Land- und Hofgericht Rechtsbelehrungen bei den Breslauer Konsuln: „denn beide Gerichte führen fast ohne Ausnahme in den Jahresüberschriften außer ihren Beisitzern auch die consules, sowohl die octoviri, als auch nach 1390 die drei zünftigen, namentlich an, und zwar auch in solchen Jahren, von denen wir wissen, dass der Rat die Landeshauptmannschaft nicht versah.“[1])

Ausserordentlich oft treten auch Bürger vor dem Hof- und vor dem Landgerichte sowohl als Verklagte oder Kläger als auch als Beisitzer auf, aber dann nur als Besitzer von Landgütern des Fürstentums, von denen sie bereits im 14. Jahrhundert einen bedeutenden Anteil an sich gebracht hatten.

Endlich kommen in den Gerichtsbüchern auch Rechtsentscheidungen des Landeshauptmannes vor, wobei keine

Schwarzinhorn, militum, Henrici de Molndorf, Hermani Burgrauii, Pasconis Rynbabe, Pauli Dumlosi, Petri Stengil, Nicolai de Strachwicz et Henrici de Sittin feodalibus Inuictissimi Romanorum et Boemie Regis domini nostri et assessorum necnon iusticiariorum banniti Iudicii Curie Regie Wratzl. Nicolao de Czamborndorf nomine nostro eidem presidente presencia virtute late sentencie dictorum assessorum valido domino Heynczkone de Stercza milite predicto de consilio et iussu eorundem iusticiariorum necnon plurimum aliorum ad hoc vocatorum eandem sententiam promulgante, prouido Stephano aduocato hereditario in Kant, eo protunc aduersus consules ciuitatis eiusdem super quibusdam vecturis et molendino placitando litigante adiudicatum existit, ut idem Stephanus aduocatus predictus quidquid de predictis vecturis et molendino sanis illesis et autenticis suis priuilegiis poterit probare ac aliis causis protunc versis inter ipsum et ciues predictos debeat optinere. Nos vero dictam sentenciam itaque mature et racionabiliter prolatam gratam habentes et ratam authoritate, qua fungimur regia, et sigillo regio ducatus Wracz. ad hereditates et causas presentibus appenso confirmamus. Datum et actum Wratzl. anno dom. Millesimo tricentesimo quinquagesimo primo in octaua Petri et Pauli apostolorum beatorum.

[1]) Cod. dipl. Sil. IV. Einl. S. 38.

Beisitzer genannt werden, welche also vor keinem Gerichte getroffen sind. So z. B. legte er auf Grund einer früheren herzoglichen Entscheidung einen zwischen Webern und Gewandschneidern zu Neumarkt entfachten Streit bei,[1]) und im Jahre 1390 entschied er eine Steitigkeit zwischen dem Erbvogt und den Schuhmachern zu Lesna, wobei es sich um die Gewerbesteuern handelte[2]); in dieser Weise erledigte er auch Vormundschaftsangelegenheiten.[3])

Rechtssachen von geistlichen Personen untereinander gehörten vor das ius ecclesiasticum. Klagte aber ein Kleriker einen Laien an, so wurde nach der Landesordnung[4]) für das Fürstentum Breslau, die König Johann am 20. März 1337 erlassen hatte, der Landeshauptmann die letzte weltliche Appellationsinstanz in einem solchen Streite. Diese Verordnung bestimmt, daß, wenn ein Rechtsstreit in irgend einer Kriminal- oder Zivilsache, als Zehnten und Schulden, mit Ausnahme der Sachen, die sich auf die Religion beziehen, entstände, und der in Breslau wohnhafte von dem Geistlichen Verklagte vor den Breslauer Ratmännern demselben Genugtuung leiste, der Geistliche sich damit begnügen und den Laien nicht vor ein geistliches Gericht ziehen solle. Sollten aber die Ratmannen dem Geistlichen nicht

[1]) Cod. dipl. Sil. VIII, 25.

[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 49, Bl. 376: nos consules etc. quod inter honestum Czamborium aduocatum haereditarium in Lezna oppido Nouiforensis districtus, ab vna et sutores ibidam in Lezna parte ab alia: super dissensione, quae exorta fuit inter eos, vnio et concordia interuenit: quod quicumque voluerit exercere artem sutoriae in Lezna oppido praedicto debeat aduocato haereditario, qui nunc est aut qui pro tempore fuerit, dare annuatim sex grossos, in quolibet quatuor temporum unum grossum cum dimidio, et debent sutores et quilibet ipsorum, solutis dictis pecuniis in terminis praescriptis ab omni onere et honoratione a dicto aduocato et suis successoribus esse liberi et soluti. nos itaque etc. Datum Wratisl. secunda feria prox. ante diem beatae Luciae uirginis Anno dom. MCCCLXIX.

[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 385.

[4]) Korn, Bresl. Urkb. S. 137.

hinlänglich oder gar nicht zu seinem Rechte verhelfen, so solle er sich an den Breslauer Landeshauptmann wenden; und erst dann, wenn auch dieser nachlässig sei, solle er den Beklagten durch Kirchenzensur oder Interdikt zur Genugtuung anhalten dürfen. Befände sich aber der Übeltäter im Breslauischen auf kirchlichem Gebiete außerhalb der städtischen Gerichtsbarkeit, so solle der geistliche Kläger den Landeshauptmann angehen; und erst, wenn dieser ihm nicht zu Recht verhülfe, sollten Kirchenzensuren gegen den Angeklagten angewendet werden können. Als der Abt und der Konvent des Klosters zu St. Vinzens im Jahre 1345 auf ihren Dörfern, Kurien und Besitzungen von einigen königlichen Beamten großen Schaden und viele Bedrückungen erlitten, verlieh der König Johann, um derartige Übergriffe zu verhüten, dem Abt, Kloster und Konvent die Gerichtsbarkeit über die Gärtner, die an dem Kloster ansässig waren, ebenso über alle Einwohner der Häuser vor dem Kloster in Elbing. Die Kriminalsachen jedoch, welche das Haupt und die Verstümmelung der Glieder betrafen, nahm er aus und unterstellte sie der Gerichtsbarkeit des Breslauer Landeshauptmannes.[1])

Unter der Jurisdiktionsgewalt des Landeshauptmannes standen alle weltlichen Personen im Fürstentum Breslau, auch die dem geistlichen Stande nicht angehörigen Diener und Hintersassen der geistlichen Herren, was freilich von den letzteren öfter bestritten wurde. Darüber entstand unter der Regierung des Kaisers Karl IV. im Jahre 1367 ein Streit zwischen dem Domkapitel und dem Rate; man wandte sich in dieser Angelegenheit an den Papst. Doch dieser überließ auf das Gutachten einer Kommission von Kardinälen hin die Entscheidung dem Kaiser.[2]) Auf

[1]) Klose, Dok. Gesch. v. Bresl. II, S. 151.

[2]) Theiner, Vetera monumenta Poloniae et Lithuaniae, Romae 1860 I. Bd. S. 651 f.

dessen Anfrage, unter welche Gerichtsbarkeit die weltlichen Diener der Geistlichen ständen, bekundeten die Ritterschaft und die Vasallen des Fürstentums Breslau[1]), ferner die Städte Groß-Glogau[2]), Namslau[3]), Goldberg[4]), Hainau[5]), Liegnitz[6]), Guben[7]), Neumarkt[8]), Steinau[9]), Oels[10]), Oppeln[11]), Brieg[12]), Ohlau[13]), Münsterberg[14]), Frankenstein[15]), Strehlen[16]) und Guhrau[17]) und eine große Anzahl von schlesischen Herzögen, daß der Breslauer Landeshauptmann über alle Laien jeglichen Standes seit unvordenklichen Zeiten die Gerichtsbarkeit ausgeübt habe. Der Streit war auf folgende Weise veranlaßt: Hanko von Lichewitz, ein Bauer aus Streganowitz (Paschwitz bei Breslau), einem dem Breslauer Kapitel gehörigen Dorfe, wurde von einem gewissen Paul von Gandau beim Stadtvogt verklagt, der ihn nun vor sein Gericht zog und ihm eine Strafe auferlegte. Mit Erlaubnis der Konsuln wurde er auch kurze Zeit in Gefangenschaft gehalten.[18]) Die Domherren erhoben dagegen Protest und behaupteten, daß bis dahin die weltlichen Richter die Hintersassen und Diener des Bischofs

1) Urk. im Bresl. Stadtarch. B. 21 ee.
2) B 21 e.
3) B 21 k.
4) B. 215.
5) B. 21 h.
6) C 9.
7) B 21 n.
8) B 21 bb.
9) B 21 qu.
10) B 21 i.
11) B 21 z.
12) B 21 t.
13) B 21 y.
14) B 21 u.
15) B 21 o.
16) B 21 f.
17) B 21 r.
18) Klose, Dok. Gesch. v. Bresl. II, S. 248—255.

und des Kapitels nicht vor ihr Gericht gezogen, sondern sie dem Kapitel oder dem Richter desselben zur Untersuchung und Urteilssprechung zugeschickt hätten.[1]) Dabei beriefen sie sich auf ein Statut des Erzbischofs Janislaus von Gnesen[2]) und behaupteten, dies sei eine alte Gewohnheit, gegen welche jetzt die Konsuln aus Feindschaft gegen das Domkapitel, nachdem sie die Verwaltung der Landeshauptmannschaft übernommen hätten, kämpften.[3])

[1]) quod homines et familiares domestici domini episcopi et capituli super contractibus et delictis intra muros ciuitatis uel extra ipsam ciuitatem ubicumque initis et commissis in iudiciis vestre serenitatis ciuitatis etiam quibuscumque aliis ad iudicium tracti non iudicabantur ibidem, sed remittebantur ad iudicium ecclesiae iudicandi. Abgedr. Schulte, a. a. O. S. 201 f.

[2]) Das Statut ist im Jahre 1326 erlassen und hat folgenden Wortlaut: quia nonnulli seculares iudices, terminos propriae iurisdictionis transgredientes nec advertentes, quod nemo debeat falcem suam in messem mittere alienam, homines degentes in bonis ecclēsiae, in praeiudicium ipsarum ecclesiarum et personarum ecclesiasticarum, ad sua iudicia protrahere, et poenam, nisi paruerint, infligere non verentur, ideoque censuimus statuendum: quod secularium principum iudices, procuratores seu officiales quicumque habitantes in bonis ecclesiarum ad sua iudicia nullatenus protrahant, seu iudicent invitos, aut poenas ex causa quacumque infligant eisdem, sententiam maioris excommunicationis, si secus praesumpserint, ipso facto, nisi ab his cum effecto destiterint et infra unius mensis spatium sic exacta restituerint, incursuri; quod ad eos, qui ipsos protrahi seu citari procuraverint, duximus extendendum, sententiaeque eorum, si quas protulerint viribus, non subsistant. Quodsi habitatores praedictos captivaverint, ut eorum parerent iudicio, locus, in quo tenebuntur, ecclesiastico tam diu, donec illos de ipsa captivitate dimiserint, subiaceat interdicto. — Antiquissimae constitutiones synodales provinciae Gneznensis, ed. Romualdus Hube. Petropoli 1856, S. 188.

[3]) Sed postquam cum consules ciuitatis facti fuissent capitanei, moti antiquo rumore, quo ipsum capitulum et clerum ciuitatis praedictum expulerunt violenter et omnia bona ipsorum temere invaserunt ac etiam annis pluribus occuparunt, et vellent se vindicare in eis de iudicio hominum et familiarum predictorum, prout superius exprimitur, se temere intromiserunt et hodie intromittunt contra favorabilem et laudabilem ecclesie consuetudinem ab antiquo tempore tentam et seruatam. Schulte, a. a. O. S. 202.

Der Prokurator dagegen bestritt im Namen des Landeshauptmannes, daß dieser, die Konsuln, Schöffen u. s. w. verpflichtet seien, die Leute und Untertanen des Kapitels dem geistlichem Gerichte zur Aburteilung zuzuschicken, und daß das Kapitel die Macht habe, deswegen die Stadt mit dem Interdikt zu belegen. Es sei vielmehr der Landeshauptmann befugt, jedwede Gerichtsbarkeit, hohe und niedere, gegenüber allen Laien beiderlei Geschlechts, auch gegenüber Fremden und auswärtigen Personen (advenas et extraneas personas) auszuüben. Unter dessen Gerichtsbarkeit ständen die genannten Personen in Bezug auf alle Delikte und Kontrakte; ihm stehe das Recht zu, körperliche, Geld- und Personalstrafen zu verhängen, die Delinquenten einzusperren, zurechtzuweisen und zu bestrafen, die Kriminal- und Zivilfälle zu prüfen und die Berufungen zu untersuchen, überhaupt jedwede gerichtliche Entscheidung, welche sich auf Dörfer, Grundstücke und erbliche Besitztümer im Fürstentum Breslau, auf alle Ritter, Lehnsleute, Bürger und Landleute beziehe.[1])

Diesen Streit entschied Karl IV. zu Gunsten des Landeshauptmannes und des Rates.

Aus diesem Urteile sowie aus den Darlegungen des Vertreters der Stadt Breslau schließt nun Schulte[2]) in der Beilage 24 zum ersten Bande der „Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte", welche „Die Stellung der Breslauer Hauptmannschaft und der Stadt in dem Gerichts- und Verwaltungswesen Schlesiens" betitelt

[1]) omne imperium merum et mixtum, omnis et omnimoda iurisdiccio, cohercio, correctio, punitio necnon causarum omnium criminalium, ciuilium, appellacionum examinatio, cognicio, decisio et diffinicio in homines nobiles milites vasallos pheudatorios ciues et rusticos, villas predia et hereditates in districtu et ducatu Wratislaviensi habentur in et sub potestate iurisdictione et immediato dominio principis et domini temporalis ciuitatis et ducatus predictorum extra ciuitatem et eius metas manentes. Schulte, a. a. O. S. 205.

[2]) a. a. O. S. 214.

ist, daß die „böhmischen Könige die Absicht“ hatten, „das Breslauer Hofgericht zu einem für ganz Schlesien geltenden Gerichte umzugestalten“; denn es sei „von dem Vertreter der Stadt ausgeführt, daß die Gerichtsbarkeit des Breslauer Hauptmanns und seiner Breslauer Richter und Schöffen sich nicht auf die Stadt und das Herzogtum Breslau beschränke, sondern unter Anerkennung der geistlichen Gerichtsbarkeit für Personen geistlichen Standes und unter Ausschluß der Herzöge als Lehnsfürsten, in Konkurrenz mit den Gerichten des Bistums und des Kapitels und mit den Territorialgerichten der Teilfürsten, sich auf alle Laien des gesamten schlesischen Landes erstrecke.“

Gegen diese Annahme sprechen die Briefe des Herzogs Ludwig von Brieg[1]) vom 26. November 1369 und der Stadt Liegnitz[2]) vom 22. November desselben Jahres.

[1]) quod prefati capitanei, consules, advocati, iudices, scabini, iurati et commune dicte ciuitatis Wratislaviensis omnes homines laicos utriusque sexus, ymmo nostros aliorumque ducum et dominorum quorumcumque secularium et spiritualium et specialiter homines rusticos et familiares reuerendi in Christo patris et domini episcopi Wratislauiensis aliorumque collegiorum, monasteriorum, conuentuum, rectorum et simplicium clericorum delinquentes uel per alios remissos et eciam debita contrahentes infra ambitum dicte ciuitatis Wratislauiensis repertos seu quomodolibet arrestatos habuerunt et habent iudicare et in ipsos iurisdictonem libere exercere . . Audiuimus eciam a progenitoribus nostris, quod huiusmodi iurisdictionem, ut prescribitur dicte ciuitati Wratislauensi atque nostris pie donauerunt et ab aliis fidelibus nostris et plurimis fidedignis, quod taliter a primeua fundacione et exstirpacione terrarum et ciuitatis Wratislauiensis et nostrarum aliorumque ducum Slesie patruorum nostrorum iudicum, ut prescribitur, sit seruatum atque tentum et hodierna die seruatur et tenetur. Korn, Bresl. Urkb. S. 219 f.

[2]) quod a longis et retroactis temporibus vsque in hodiernum diem continue et inconcusse eciam a tanto tempore, cuius inicii memoria hominum non exsistit, honorabiles et prouidi viri, capitanei, consules, scabini, iurati ac tota vniuersitas ciuitatis Wraczlauiensis iudicaverunt, iudicare consueverunt et hodie iudicant iuxta iura ciuitatis Magdeburgensis ex primeuis institucionibus, priuilegiis et piis donacionibus

Nach den Darstellungen des Vertreters der Stadt durften nämlich der Landeshauptmann und die anderen richterlichen Beamten zu Breslau die Gerichtsbarkeit über die Laien nur dann ausüben, wenn diese eine strafbare Tat in oder außerhalb des Fürstentums Breslau begangen hatten, aber im Breslauer Bezirke festgenommen wurden.[1]) Diese Jurisdiktionsgewalt bestand nun, was aus den eben angeführten Urkunden erhellt, schon in den ältesten Zeiten, war also nicht von den luxemburgischen Königen, sondern bereits von den schlesischen Herzogen in ihren Gebieten eingeführt; sie wurde endlich nicht nur in Breslau, sondern auch in anderen Städten

dominorum temporalium, olim ducum Zlesie et dominorum ciuitatis Wraczlauiensis prenotatae; eciam de consuetudine laudabili prescripta antiqua, tenta ac hactenus obseruata et moribus vtencium approbata omnes homines laycos vtriusque sexus omnium dominorum ducum, pincipum secularium et spiritualium et specialiter homines pfasallos, familiares, ciues et rusticos reuerendi in Christo patris et domini, domini episcopi et sui capituli ecclesie Wraczlaviensis . . . . . delinquentes uel per alios remissos ac debita contrahentes infra ambitum dicte ciuitatis repertos seu aliqualiter arrestatos, in cuius iudicii seu iurisdiccionis possessione dicti capitaneus etc . . fuerunt et nunc sunt . . . Et hoc constat nobis ex eo, quia talis consuetudo iudicandi laudabilis et prescripta in dicta ciuitate Wraczlauiensi sic et in nostra ac in aliis ciuitatibus et opidis dominorum ducum Zlesie in predicta dyocesi Wraczlauiensi constitutis a primeuis exstirpacionibus et fundacionibus terrarum Slesie et ciuitatis tenta extitit et seruata, prout a primogenitorum nostrorum et seniorum multorumque fidedignorum relacione et testimonio sumus plenius informati, ac hodie tenetur et seruatur. Korn, Bresl. Urkb. S. 218 f.

[1]) ymo in omnes homines laycos, cuiuscumque status pereminentie et conditionis existant delicta et crimina in districtu et territorio eiusdem civitatis Wratislaviensis et extra muros eius ac in stratis et viis publicis committentes inventosque in bonis dominorum quorumcumque secularium spiritualium seu ecclesiasticorum dicti districtus arrestatos et repertos uel per alios remissos, etiamsi dicti delinquentes reperti seu remissi et arrestati sint aduene et extranee personae seu homines phasalli . . . . ducum principum secularium vel ecclesiasticorum prelatorum. Schulte, a. a. O. S. 205.

Schlesiens ausgeübt. Naturgemäß kam sie ja im Fürstentum Breslau dem Landeshauptmann zu, als dem höchsten Beamten und dem Verwalter jeglicher Gerichtsbarkeit, sowohl der hohen wie der niederen (merum et mixtum imperium).

Die Behauptung, daß die luxemburgischen Könige den Versuch gemacht haben, die „Breslauer Hauptmannschaft mitsamt dem Rate der Stadt und den Schöffen des Herzogtums Breslau, als ihren Organen, zum obersten Gerichtshofe und zur Regierungsbehörde für ganz Schlesien zu machen," will Schulte[1]) ferner durch die Urkunden des Königs Johann vom 6. April 1327,[2]) des Königs Karl IV. vom 22. März 1348, vom 10. Februar 1352 und vom 12. August 1356,[3]) sowie des Königs Wenzel vom 26. Dezember 1378[4]) beweisen. Es verspricht nämlich König Johann den Breslauern in der in seinem Namen ausgestellten Urkunde, alle polnischen Gebiete und Ortschaften, welche er erwerben werde, mit dem Breslauer Fürstentum zur Besserung seiner Lage zu vereinigen[5]); Karl IV. gelobt ebenfalls den Breslauern in der Urkunde vom 22. März 1348, alle in Schlesien noch zu erwerbenden Ländergebiete mit Beachtung und Erhaltung ihrer Privilegien und Freiheiten dem Fürstentum und der Stadt Breslau und gleich wie Breslau der Krone Böhmen einzuverleiben.[6]) Dasselbe

[1]) Die polit. Tendenz der Cron. princ. Pol. S. 208.

[2]) Korn, Bresl. Urkb. S. 117ff. — Lehns- und Besitzurk. Schles. I, 67.

[3]) Korn, Bresl. Urkb. S. 172f und 180ff. — Bresl. Stadtarch. Urk. Priv. 122.

[4]) Lehns- und Besitzurk. Schles. I, S. 75. — Bresl. Stadtarch. Urk. Priv. 129.

[5]) Et quascunque terras Polonicales aut earum partes vel loca a nostris rebellibus deo nobis cooperante quomodocunque obtinuerimus, illas et illa prefate terre, ut ex eo status eius in melius proficiat, coadjuncturos inseparabiliter nos spondemus.

[6]) Promittimus et spondemus, omnes terras Polonie, ciuitates, villas, districtus, opida, castra, municiones, que et quas empcione, ex-

verspricht er in der Urkunde vom 10. Februar 1352 mit dem Hinweis, daß dadurch der Jurisdiktionsbereich des Breslauer Fürstentums erweitert werden solle.[1]) Die Urkunde vom 12. August 1356 enthält dasselbe Versprechen und ist am 26. Dezember 1378 vom Könige Wenzel erneuert, wiederholt und bestätigt worden.

Diese Beweise sind jedoch nicht stichhaltig; vor allem aber erhellt es aus ihnen nicht im mindesten, daß die luxemburgischen Könige von Böhmen die Breslauer Hauptmannschaft zur Regierungsbehörde von ganz Schlesien erheben wollten. Denn die von diesen Königen versprochene Erweiterung des Macht- und Jurisdiktionsbereichs Breslaus dürfte wohl nur in dem Sinne zu verstehen sein, daß die noch zu erwerbenden Gebiete und Städte Schlesiens das Magdeburgisch-Breslauer Recht annehmen und Rechtsbelehrungen in Breslau suchen sollten. Welchen Sinn hätte denn sonst die Bestimmung Karls IV., daß die Gebiete mit Böhmen und Breslau sub eisdem condicionibus libertatibus et graciis, prout ad nos peruenerint, et demum regno nostro Boemie ad instar eiusdem ciuitatis Wratislauiensis[2]) vereinigt werden sollten, wenn sie sich eine Verwaltung von Breslau aus gefallen lassen müßten? Könnte man wirklich der Politik des Königs Johann und des Kaisers Karl IV. es zutrauen, daß diese dem Landeshauptmann oder den Konsuln die Befugnis erteilt hätten, anderen der böhmischen Krone unter-

pugnacione, deuolucione aut alio quouis tytulo conquisierimus, eidem ciuitati et ipsius territorio sub eisdem condicionibus, libertatibus et graciis, prout ad nos deuenerint, et demum regno nostro Boemie ad instar eiusdem ciuitatis Wratislauiensis incorporare, adunare, et coniungere. Korn, Bresl. Urkb. S. 173.

[1]) Et ut prefata ciuitas Wratislauiensis, ciues et inhabitatores ipsius eo felicioribus incrementis proficiant, quo iurisdiccionem ducatus et dominii Wratislauiensium latioribus, auxiliante deo, contigerit limitibus ampliari, promittimus. a. a. O. 181.

[2]) a. a. O. S. 173.

gebenen Gebieten Recht vorzuschreiben, Verwaltungsbeamte einzusetzen u. s. w.? Tatsächlich hat diese Vollmacht der Landeshauptmann von Breslau zur Zeit der böhmischen Könige Johann und Kaiser Karl IV. nie ausgeübt, und die von Karl IV. erworbenen schlesischen Gebiete und Städte wurden nicht unter die Verwaltung der Breslauer Regierungsbehörden gestellt, sondern sie nahmen das Breslauer Recht an, verpflichteten sich, Rechtsbelehrungen in Breslau zu suchen, erkannten mithin diese Stadt als gerichtlichen Oberhof an. So z. B. hat Karl IV. den Namslauer und Frankensteiner Kreis der Verwaltung Breslaus nicht unterstellt. Er vereinigte vielmehr Namslau mit dem Königreich Böhmen am 2. Februar 1359[1]), nachdem er also schon diese Versprechungen den Breslauern gegeben hatte, ohne ein Wort von einer Verbindung mit Breslau zu erwähnen. Dagegen erklärten zwei Wochen nach der vollzogenen Inkorporation Namslaus die Vertreter dieser Stadt, daß sie, dem Befehle des Kaisers gehorchend, sich verpflichten, in allen zweifelhaften Rechtsfragen sich an die Ratmannen und Schöffen der Stadt Breslau zu wenden[2]). Im Jahre 1351 kamen Stadt und Weichbild Frankenstein durch Kauf erblich an die Krone Böhmen[3]). Anstatt dieses Gebiet unter die Jurisdiktionsgewalt der Breslauer Landeshauptmannschaft und ihrer Organe zu stellen, bestätigte Karl IV. vielmehr der Stadt Frankenstein ihre Hofgerichte,[4]) und auch diese Stadt verpflichtete sich, Rechtsbelehrungen in Breslau zu suchen und nach dem Breslauer Recht zu leben.[5])

Nicht erst die luxemburgischen Könige Böhmens, sondern die Bürger und in ihrem Namen der Rat der

[1]) Lehns- und Besitzurk. I, S. 71 f.
[2]) Korn, a. a. O. S. 197.
[3]) Lehns- und Besitzurk. II, S. 142.
[4]) Cod. dipl. Sil. X, S. 181.
[5]) Korn, a. a. O. S. 203.

Stadt Breslau hatten die Absicht, ihre Stadt gewissermaßen zur Hauptstadt von ganz Schlesien zu machen. Schon zur Zeit der Herzöge war das Bestreben der Stadt Breslau darauf gerichtet, eine präponderierende Macht in Schlesien zu werden. Zu diesem Zwecke suchte sie, zunächst in Bezug auf die Gerichtsbarkeit als Oberhof zu gelten, gleichwie sie in Bezug auf Verkehr, Reichtum und Macht den anderen Städten Schlesiens tatsächlich überlegen war. Dabei berief sie sich wohl auf den letzten Herzog Heinrich VI., der sie in einer Privilegienbestätigung von 1311 als die Hauptstadt bezeichnete, von welcher gleich einem Urquell seinen übrigen Städten die Gerichtsbarkeit zufließen sollte.[1]) Da auch Breslau die einzige Stadt in Schlesien war, deren Verfassung und Stadtrecht allgemein bekannt und berühmt war, so wandten sich die meisten schlesischen Städte natürlich an diese Stadt, um von ihr für das Verfahren in bürgerlichen und Kriminalsachen, sowie hauptsächlich für die Anordnung der inneren Einrichtungen und Verfassung des Gemeinwesens Anweisung zu erhalten. Diese Gegenstände insgesamt waren damals in den geschriebenen Stadtrechten noch nicht wie später genau gesondert, sondern vielfach vermischt. Teilten nun die Breslauer Schöffen ihr Stadtrecht, welches sie von Magdeburg erhalten hatten,[2]) den schlesischen Städten mit, so pflegten sie, um für diese Städte den Oberhof zu bilden, dieselben ausdrücklich zu verpflichten, Rechtsentscheidungen nirgend anders einzuholen als bei ihnen. So schrieben sie am 30. November 1292 an die Stadt Goldberg: ut super omnibus causis, tam parvis quam

[1]) Nos vero gestientes pocius augmentare eorum iura quam minuere necnon pensantes ipsam ciuitatem nostram Wratislauiam fore caput, a quo tamquam ab origine aliis ciuitatibus nostris iusticia debeat emanare, precibus iustis et honestis nostrorum fidelium ciuium gratuite inclinati. Korn, Bresl. Urkb. S. 85.

[2]) a. a. O. S. 18ff.

magnis, civibus predicte civitatis incumbentibus, in omni iure ad nostram ciuitatem Wratislaviam perpetualiter recursum habere debeant et respectum.[1]) In gleicher Weise verpflichtete sich auch Liegnitz im Jahre 1302[2]). Ferner teilte Breslau sein Recht den Städten Groß-Glogau, Brieg, Neumarkt, Hainau, Namslau, Gr.-Strehlitz, Ober-Glogau, Teschen[3]) und Frankenstein[4]) mit. Auf diese Weise wurde Breslau mit seinem Schöffenstuhle die Hauptstadt von fast ganz Schlesien in Bezug auf die Gerichtsbarkeit.

Daß bei den meisten Rechtsmitteilungen auch ein Verbot der weiteren Mitteilung des erhaltenen Rechtes enthalten war, dafür liegt der Grund auch in der im Mittelalter bei den Städten gewöhnlichen Geheimhaltung der ihr Gemeinwesen betreffenden Verhältnisse und in dem Streben nach höherem Ansehen, besonders aber wohl in dem Vorteil, welchen die Schöffen durch die Bezahlungen der Rechtsweisungen hatten. So z. B. versprachen die Städte Olmütz im Jahre 1352[5]) und Ober-Glogau im Jahre 1372[6]), der Stadt Breslau jedes Mal 24 Groschen für jedes Urteil zu zahlen. In diesem Zusammenhange könnte auch der in den Urkunden der luxemburgischen Könige für die Erweiterung des Jurisdiktionsbereichs angegebene Grund: ut ex eo status proficiat sich erklären lassen.

Ferner bringt Schulte[7]) „für die Annahme, daß es in der Absicht der böhmischen Könige gelegen habe, die Befugnisse des Breslauer Hauptmanns und des unter seinem Vorsitze tagenden Hofgerichtes auf alle der Krone Böhmen unmittelbar unterstellten Territorien Schlesiens

[1]) Tzschoppe und Stenzel, a. a. O. S. 416.
[2]) a. a. O. S. 442f.
[3]) a. a. O. S. 443, 493, 515, 569f, 577f, 580f, 581, 593, 595.
[4]) Korn, a. a. O. S. 203.
[5]) Tzchoppe und Stenzsl, a. a. O. Urk. No. 166.
[6]) Bresl. Stadtarch. Urk. B 27f.
[7]) Die polit. Tendenz usw. S. 215.

auszudehnen", folgenden Beweis: „Am 2. Oktober 1331 gelobte König Johann, die Stadt Glogau nicht von der Herrschaft der Stadt und des Fürstentums Breslau zu entfremden (Lehns- und Besitzurk. I, S. 135). Als dagegen Aussicht vorhanden war, ganz Glogau unter die Herrschaft Herzog Heinrichs V. zu stellen, entband durch einen Brief vom 6. Juli 1340 der Rat der Stadt Glogau den König Karl von diesem Versprechen (a. a. O. I, S. 169), wogegen am 30. Mai 1361 König Karl IV., nachdem er seinem Schwager Herzog Bolko II. von Schweidnitz die der Krone Böhmen gehörige Hälfte auf Lebenszeit übergeben hatte, wiederum versprach, die Stadt Glogau bey Breslawe ewicliche und erblich behalden zu wollen (a. a. O. I, S. 180.)".

Ich frage nun zunächst: Was haben diese Urkunden mit den Befugnissen des Hofgerichtes zu Breslau zu schaffen? Weiterhin möchte ich die von Schulte angeführte Stelle in längerer Form zitieren. Karl gelobte den Glogauern: daz wir unser deil ze Glogaw bey uns und der cronen unsirs kunigreichs zu Beheim und bey Breslawe . . . . . behalden zu wollen. Dieses Versprechen sowie das des Königs Johann dürften wohl durch Bitten und Drängen der Glogauer Bürger veranlaßt worden sein, wie auch wiederum der Rat der Stadt Glogau den König Karl von seinem Versprechen und seiner Verpflichtung, sie nie von der Krone Böhmens zu trennen, entbindet und ihn ledik quiet und lozz sagt. Hätte sich nun dies der Rat wirklich erlauben können, und hätte Karl IV. dies gelten lassen, wenn ihm etwas daran gelegen hätte, die Befugnisse des Breslauer Hauptmannes auch auf Glogau auszudehnen? Es war vielmehr für die Glogauer von sehr großem Interesse, mit der Krone Böhmen, — auch mit dem Fürstentum Breslau (bey Breslawe), insofern als dieses unmittelbar der Krone Böhmen unterstellt, als ein Teil dieses Königreiches be-

trachtet werden mußte — vereinigt zu werden. Denn nicht gering waren die Vorteile, welche aus der Zugehörigkeit zu Böhmen voraussichtlich erwachsen konnten, ja mußten. Wenn der Anschluß an ein größeres Reich schon an und für sich stets als ein Fortschritt staatlicher Entwickelung gelten kann, so waren es wohl überdies die besonderen schlesischen Verhältnisse, welche das schlimmste für die Zukunft befürchten ließen, wenn nicht die Hand eines hinreichend mächtigen Herrschers den nötigen Schutz bot.[1]) Auch die wirtschaftlichen und Handelsvorteile, welche bereits dem Fürstentum Breslau der direkte Anschluß an Böhmen gebracht hatte und noch vermehren konnte, waren nicht unerheblich. Zollfreiheit für den Umfang der Länder der böhmischen Krone hatte der König Johann als Oberlehnsherr schon am 6. April 1327 [2]) den Bürgern von Breslau erteilt. Von der unmittelbaren Herrschaft Karls IV. konnte man ferner kräftigeren Schutz vor den allen Verkehr lähmenden Fehden und Räubereien des Landadels erwarten.[3])

Endlich behauptet noch Schulte,[4]) dass „in Streitigkeiten der Herzoge untereinder der Oberlehnsherr, der König von Böhmen oder sein Stellvertreter, d. i. wiederum der Hauptmann des Herzogtums Breslau, der Richter war, und die Stadt und das Herzogtum Breslau von Anfang an, falls nicht der König einen Herzog unmittelbar an seinen Hof berief, auch für die Herzoge als Vasallen die ordentliche Gerichtsstelle wurde". Zum Beweise führt er an die Urkunden der Lehnsauftragung Herzog Heinrichs IV. von Glogau-Sagan[5]) vom 9. Mai 1329 und der Belehnung des

[1]) Chron. Aul. Reg. II, Cap. 19, S. 449.

[2]) Korn, Breslauer Urkb. S. 177 ff.

[3]) Grünhagen, Geschichte Schlesiens I, Gotha 1884, S. 196.

[4]) Die politische Tendenz usw. S. 222.

[5]) Lehns- und Bezirksurk. I, S. 131: coram altero vero principe per eos (scil. reges Bohemiae) ad hoc iudice deputato sisti tenebimur in terra Wratislaviensi dumtaxat iudicio.

Herzogs Boleslaus von Liegnitz[1]) vom gleichen Datum, ferner den Lehnsbrief für Herzog Konrad von Oels[2]) vom 9. Mai 1329 und eine Urkunde[3]) desselben Herzogs vom 10. Mai 1329. Dieser ganze urkundliche Befund enthält die Bestimmung, daß, wenn der König einen Stellvertreter als Richter in Streitigkeiten der Herzöge untereinander oder der Ritter und Vasallen mit ihren Herzogen einsetzt, diese das Recht nicht in Böhmen, sondern in Breslau zu nehmen haben. Ferner beruft sich Schulte auf die Urkunde[4]) des Kaisers Karls IV. vom 4. Mai 1358, in welcher der Kaiser bekennt, in dem Streite zwischen dem Bischofe Prezislaus und dem Herzoge Bolko zu Falkenberg wegen der Dörfer Lindewiese, Brockendorf und Greisau (östlich von Neisse) den Bischof Heinrich zu Leubus, den Herzog Bolko von Schweidnitz, den Landeshauptmann Konrad von Falkenhain und die Ratmannen zu Breslau zu Schiedsrichtern eingesetzt zu haben, ebenso auf die Urkunde[5]) desselben Kaisers vom 20. Juni 1359, in welcher die streitenden Parteien, die Herzöge Konrad von Oels und Brimko von Teschen, über die von den Herzogen Wenzel und Ludwig von Liegnitz noch nicht vereinbarten Kontroversen an den Breslauer Landeshauptmann, die Schöffen und den Rat von Breslau gewiesen werden, ferner auf die vom 23. Juli 1359 datierte Urkunde[6]) über die „in geginwertigkeit unserer lieben getrewen der ratman zu Brezlau“ vollzogene Teilung des Herzogtums Liegnitz

[1]) Lehns- und Besitzurk. I, S. 303: und des sullen sie nicht vorder warten, wanne in dem lande zu Breslab.

[2]) a. a. O. II, S. 19: Wer aber wir selbe nicht gegenwertig, so sulle wir in des geben ze richten einen fursten und daz sullen sie nicht verrer suchen wanne in dem lande ze Brezlaw.

[3]) a. a. O. II, S. 21: coram altero vero principe per eos ad hoc iudice deputato sisti tenebimur in terra Wratislaviensi dumtaxat iudicio.

[4]) a. a. O. II, S. 218f.

[5]) a. a. O. II, S. 435.

[6]) a. a. O. I, S. 337.

zwischen den Brüdern Wenzel und Ludwig, weiterhin auf den Brief[1]) der Ratmannen von Breslau an den Kaiser Karl IV., sie seien, seinem Auftrage entsprechend, in Beuthen O.-S. gewesen, um dort die Mannen und die Stadt zur Huldigung an den Herzog Brimko von Teschen zu bewegen.

Auch diese Beweise sind nicht stichhaltig.

1. Die Bestimmung, daß Streitigkeiten der Herzöge untereinander in Breslau vor einem Vertreter entschieden werden sollen, dürfte wohl als ein Privileg für die Herzoge gelten, wie die Vergünstigung, daß sie zum Empfang der Lehen den König nicht außerhalb des böhmischen Reiches zu suchen brauchten.[2])

2. Man kann aus den oben angeführten Urkunden auch nicht schließen, daß Breslau die ordentliche Gerichtsstelle für die schlesischen Vasallenfürsten geworden ist; es wird lediglich als der Ort bezeichnet, wo die Prozesse entschieden werden sollen.

3. Es wird in den Lehnsurkunden des Herzogs Konrad von Oels[3]), des Herzogs Heinrich von Glogau-Sagan[4]), des Herzogs Boleslaus von Liegnitz[5]) auch nicht mit einem einzigen Worte der Landeshauptmann als eventueller Stellvertreter des Königs in gerichtlichen Streitsachen gegen die Herzoge oder der Herzoge untereinander erwähnt. Es heißt da vielmehr, daß als solcher ein vom Könige ernannter Fürst fungieren soll.[6])

---

[1]) Lehns- und Besitzurk. II, S. 437.

[2]) a. a. O. II, S. 18: Auch sullen die vorgenannten, der herczog sine erben und nachkomeling nicht foerbaz suchen denne in dem chunichrich ze Beheim.

[3]) a. a. O II, S. 17.

[4]) a. a. O. I, S. 129.

[5]) a. a. O. I, S. 302.

[6]) a. a. O. I, S. 31. — Cod. dipl. Sil. XXII, S. 69.

4. Wenn die Schöffen und Ratmannen in Streitigkeiten der böhmischen Vasallenfürsten Schlesiens mehrmals als Schiedsrichter auftraten, so lag wohl der Grund dafür in der Stellung Breslaus als des Oberhofs in gerichtlicher Beziehung. Dabei darf es auch nicht wundernehmen, daß der Landeshauptmann als Vorgesetzter der Schöffen, Ratmannen u. s. w. bei derartigen Rechtsentscheidungen anwesend war.

Grünhagen[1]) führt darüber folgendes aus: „Immer mehr und mehr kamen die Breslauer Konsuln in eine sehr achtunggebietende Stellung auch den schlesischen Fürsten gegenüber, die ja auch so häufig die Gastfreundschaft der Stadt Breslau genossen, und es hat daher kaum etwas Wunderbares, wenn wir die Breslauer Konsuln als Schiedsrichter der schlesischen Herzoge untereinander fungieren sehen; wiederholt vermitteln sie in den Händeln der Gebrüder von Liegnitz-Brieg, Wenzel und Ludwig; auch den endlichen Schiedsspruch fällt 1359 Kaiser Karl unter ihrem Beirate, und ebenso werden sie berufen, um nach dem Tode des letzten Beuthener Herzogs alle zwischen den Erben noch obschwebenden Streitpunkte auszugleichen. 1362 begibt sich sogar eine Deputation im Auftrage des Kaisers nach Beuthen in Oberschlesien, um die dortige Bürgerschaft zur Huldigung an Herzog Primko von Teschen zu bewegen, und 1367 sehen wir dann wiederum eine aus Breslauer Patriziern gebildete Kommission gleichsam als Beisitzer des erkorenen Schiedsrichters, des Herzogs Ludwig von Brieg, Streitigkeiten zwischen den Herzögen von Teschen und Troppau einerseits und Herzog Bolko von Falkenberg andererseits entscheiden (Cod. dipl. VI, S. 189). Im Jahre 1370 trägt dann Kaiser Karl IV. dem Landeshauptmann und den Ratmannen von Breslau

[1]) Schlesien unter Kaiser Karl IV. (Ztschr. f. Gesch. und Altertum Schles. Bd. XVII) S. 24.

auf, Glogau zwischen ihm, dem Kaiser und Herzog Heinrich zu teilen (Klose, Dok. Gesch. von Bresl. II, S. 248)."

Aus allem dem geht nun hervor, daß das Bestreben Breslaus, eine hervorragende Stellung anderen Städten Schlesiens gegenüber zu gewinnen, unter den luxemburgischen Königen von Böhmen wenigstens in bezug auf die Gerichtsbarkeit von Erfolg gekrönt worden ist.

2. Abschnitt.

Polizeiliche Befugnisse.

Mit der Ausübung jedweder Gerichtsbarkeit[1]) im Fürstentum Breslau lag dem Landeshauptmann auch die Sorge für die öffentliche Sicherheit ob. In der Landesordnung vom 20. März 1337 verfügte der König Johann von Böhmen, der Landeshauptmann solle alle verdächtigen und schädlichen Häuser abbrechen lassen.[2]) Wenn ferner von Untertanen der anderen Herzoge oder Herren Räubereien begangen würden, und diese auf Verlangen des Breslauer Landeshauptmannes dem Geschädigten nicht Recht verschafften, so sei der Hauptmann befugt, die Verbrecher wegen Raubes oder irgend eines anderen schweren Verbrechens an Leib und Gütern zu strafen; ebenso habe er auch gegen diejenigen, welche die Verbrecher begünstigen würden, mit ähnlichen Strafen vorzugehen.[3])

[1]) Breslauer Stadtarch. Urk. R. 10: in dictis ciuitate et districtu (scil. Wratislaviensibus) iustitiam facere seu reddere valeant ac etiam teneantur prout illud per alios nostros capitaneos Wratislauienses precessores eorum extitit obseruatum.

[2]) item curie nociue et dampnose ubicumque fuerint, per capitaneum Wratislauiensem destruantur. Korn, Bresl. Urkb. S. 139.

[3]) item si aliqua spolia committentur de terris quorumcumque principum aut dominorum, et si iidem principes aut domini requisiti per capitaneum Wratislauiensem spoliatis expeditam recusauerint facere iustitiam, ex tunc idem capitaneus ipsos spoliatores aut maleficos pro spolio perpetrato aut quacumque alia causa criminali ad satisfaccionem debitam in rebus et corpore tenebitur cohercere, et eciam hii qui tales fouent spoliatores, pena consimili puniantur. a. a. O. S. 138.

Im Jahre 1339 legte König Johann dem Breslauer Landeshauptmanne den Schutz der Breslauer Bürger ganz besonders ans Herz.[1]) Er befahl ihm, diese in allen ihren Rechten, Freiheiten und Privilegien, welche sie vom Könige Johann oder seinem Vorgänger erlangt hatten, zu schützen und ihnen keinen Schaden und kein Unrecht zufügen zu lassen. Auch Karl IV. verbot dem Landeshauptmann, die Bürger der Stadt Breslau in ihren Rechten zu stören, und befahl ihm, dafür zu sorgen, daß sie nicht von anderen geschädigt würden.[2]) Ferner hatte der Landeshauptmann vom Kaiser Karl IV. den Auftrag, alle Klöster sowie deren Güter und Leute gegen gewalttätige Unterdrückungen zu schützen.[3])

3. Abschnitt.

Militärische Befugnisse.

Zur Verteidigung des Breslauer Fürstentums gegen äußere Feinde hatte der Landeshauptmann die Vollmacht, ein Aufgebot zu bewirken. Zur Heeresfolge waren die Landsassen und der Klerus verpflichtet.[4]) War der Landeshauptmann abwesend, so vertrat ihn, wie in gerichtlichen, so auch in militärischen Angelegenheiten der Hofrichter. Dies erhellt aus den Briefen des Breslauer Rats an Kaiser Karl IV., in welchen der Überfall des

[1]) Insuper volumus et mandamus precise, vt prefatos ciues nostros Wratislauienses in omnibus eorum iuribus, immunitatibus, priuilegiis siue literis, antiquis et nouis, ac graciis omnibus eis per nos sev predecessores nostros datis nostro nomine fauorabiliter conserues nullum eis in hoc inferendo aut inferri sinendo . . impedimentum, iniuriam uel grauamen. Korn, Bresl. Urkb. S. 142f.

[2]) a. a. O. S. 183.

[3]) Klose, Dok. Gesch. v. Breslau II, S. 211, 193.

[4]) Item quod dominus rex disponere (scil. capitaneo) dignetur tradendo in mandatis firmiter dominis episcopo et capitulo, militibus et terrigenis Wraczlauiensibus, ut se disponant nobiscum in defensionem terrarum. Korn, a. a. O. S. 168.

schlesischen Landes, vor allem aber des Breslauer Gebietes, durch die Polen geschildert wird.[1]) Darnach hat sich an dem Kampfe um Fraustadt, der von den Polen und Böhmen um das Jahr 1348 ausgefochten wurde, der Landeshauptmann mit Rittern und Vasallen des Fürstentums Breslau beteiligt.[2]) Jedoch gerade während dieser Zeit überfiel eine Abteilung Polen die Burg Auras. Da die Besatzung derselben unter der Anführung des Burggrafen von Borsnitz zu schwach war, um die an 700 Mann starken Polen anzugreifen, so wurden die Breslauer um Verstärkung gebeten. Sie schickten auch, was sie an Söldnern zusammenraffen konnten, Reiterei und Fußvolk, letzteres auf Wagen. Um den Bedrängten noch mehr Hilfe zu senden, wandten sie sich an den Hofrichter und veranlaßten ihn, schleunigst den Adel und Klerus aufzubieten, indem sie sich dabei auf einen Brief des Königs von Böhmen beriefen, in welchem die Hilfeleistung angeordnet war.[3]) Die erwartete Hilfe erschien jedoch nicht; denn der Hofrichter, welcher in Vertretung des Landeshauptmannes die Ritterschar zusammenberufen sollte, scheute sich davor, da er befürchtete, die Bewaffneten würden Streitigkeiten untereinander beginnen.[4])

---

[1]) Korn, a. a. O. S. 167 ff. — Grünhagen, Die Korrespondenz der Stadt Breslau mit Karl IV. (Arch. f. Kunde österreichischer Geschichtsquellen. Bd. 34.)

[2]) Grünhagen, a. a. O. Beilage II.

[3]) Dieser Brief war veranlaßt durch 2 dem Kaiser vom Rate gesandte Botschaften: die erste vom 5. April 1348 enthielt die Bitte: quod dominus rex disponere dignetur tradendo in mandatis firmiter usw., die zweite vom 27. April desselben Jahres: quod dominus rex dirigere dignetur unam literam generalem episcopo, capitulo et terrigenis, ut assistant civitati pro defensione terrarum per effectum. Korn, a. a. O. S. 168.

[4]) Item iudex curie nostre verenter tenetur absenciam propter capitanei, quod veniunt armati propter rixas, et ibi nullus rigor iuris obsernatur. a. a. O. S. 169.

Als ferneres Zeugnis für die militärische Befugnis des Landeshauptmannes dürfte wohl auch die Tatsache gelten, daß Karl IV. während seiner Gefangenschaft in Kalisch an Konrad von Falkenhain, welcher zu dieser Zeit die Landeshauptmannschaft verwaltete, den Befehl sandte, an der Spitze einer bewaffneten Schar seine Befreiung zu versuchen.[1])

4. Abschnitt.

Administrative Befugnisse.

In den Händen des Landeshauptmannes lag ferner die Finanzverwaltung des Fürstentums Breslau, welche ihm König Johann durch die Landesordnung vom 20. März 1337 anvertraut hatte. Diese enthält nämlich die Verordnung, daß der Landeshauptmann sich alle Einkünfte und Nutzungen des Breslauer Fürstentums in und außer der Stadt Breslau von den Konsuln angeben lasse und die Verwaltung derselben beaufsichtige.[2]) In welcher Weise die Landeshauptleute diese Pflicht erfüllt haben, zeigt uns eine von Konrad von Falkenhain am 14. Juli 1349 zusammengestellte Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben.[3]) Auch für die Eintreibung außergewöhnlicher

---

[1]) Vita Caroli IV. Böhmer, Fontes rerum Germ. Bd. 1, S. 265 f.

[2]) Item capitaneus Wratislauiensis, qui pro tempore fuerit, secundum informacionem consulum Wratislauiensium scrutabitur et se intromittet de omnibus prouentibus et vtilitatibus ducatus Wratislauiensis intra et extra ciuitatem in territorio, vbicumque fuerint situati. Korn, a. a O. S. 139.

[3]) Item de ratione capitanei qui racionatus est in crastino st. Margar. presente dom. de Donyn, quod summa omnium debitorum dom, regis antiqui spe extendit ad 214 M. et 8 sco. Item summa racione capitaneatus sibi promissi de 4 annis 1200 M. Item summa omnia

Steuern hatte der Verwalter der Landeshauptmannschaft zu sorgen. So z. B. wurde ihm im Jahre 1356 die Aufgabe zuteil, 20 Schock Prager Groschen, welche der Stadt Neumarkt, und 30 Schock, welche dem Sandstift, Vinzenzstift und dem Kloster Leubus auferlegt und zur Reiseaussteuer der Kaiserin Anna bestimmt waren, durch Verpfändung von Gütern rasch aufzubringen, damit die genannte Summe ohne Zögerung dem Boten des Kaisers übergeben werden könnte.[1])

Als im Jahre 1349 bei der allgemeinen Judenverfolgung auch in Breslau die Juden vertrieben oder getötet wurden, da kam es zwischen dem Landeshauptmann und den Ratmannen zum Streite, wem die Hinterlassenschaft der ermordeten Juden anheimfallen solle, der königlichen Kammer oder der Stadt.[2]) Man wandte sich in dieser Angelegenheit an Karl IV., welcher nun verordnete, daß der Immobiliarbesitz, soweit er nicht 400 Mk. übersteige, der Stadt, das übrige aber der königlichen Kammer überwiesen werden solle.[3])

Im Jahre 1349 wurde der damalige Landeshauptmann von Breslau ermächtigt, im Auftrage des Königs Johann von Böhmen einen Waffenstillstand mit dem Könige Kasimir von Polen und dem Herzog Bolko von Schweidnitz

---

distributorum in dampnis, reysis et expensis omnium districtuum 1784 M 3 fert. et sco.

Summa totalis distributorum 3199 mrc. et ½ fert. Item summa omnium perceptorum de exaccionibus, de pecuniis monetalibus, serviciis, captivis, penis, excessibus et omnibus aliis proventibus 1101 m. et sco.

Item omnibus computatis et defalcatis restant 2098 m. et 2 sco. capitaneo solvenda. Korn, a. a. O. S. 170.

[1]) Böhmer, Regesta imp. VIII, n. 6888.

[2]) quod capitaneus petit pona judeorum et quid sit in eo faciendum. Korn a. a. O. S. 170.

[3]) Klose, Dok. Gesch. v. Bresl. II, S. 184.

zu schließen[1]); und in seiner, als des Stellvertreters des Königs von Böhmen, Gegenwart leisteten im Jahre 1351 der Rat, die Geschworenen und die Gesamtheit der Bürger der Stadt Breslau dem erstgeborenen Sohne Karls IV. Wenzel den Huldigungseid.[2])

Wenn man nun aus allen diesen Befugnissen des Landeshauptmannes den Schluß zieht, so kann man getrost behaupten, daß dieser das Fürstentum Breslau als ein mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteter Stellvertreter des Königs von Böhmen verwaltet hatte.

---

[1]) Böhmer, Reg. imp. VIII, n. R. 648.

[2]) Lehns- und Besitzurk. Schles. I, S. 70.

Siebentes Kapitel.

Die Besoldung.

Im Fürstentum Breslau bezog der Landeshauptmann sein Gehalt aus den Einkünften des Landes und bestritt daraus auch die Ausgaben seines Amtes, welche wohl namentlich durch die Sorge für die öffentliche Sicherheit veranlaßt waren. Zweimal, in den Jahren 1348[1]) und 1359[2]) verpflichtete sich Karl IV., die Einkünfte des Fürstentums nicht zu schmälern, damit, wie er sich in der Urkunde vom 22. März 1348 ausdrückt, der Landeshauptmann das Land um so bequemer und mächtiger verwalten könnte. Markgraf[3]) ist der Ansicht, es scheine hergebracht gewesen zu sein, daß Landeshauptleute außer den mit dem Amte verbundenen oder vielmehr von dessen einzelnen Funktionen abhängigen Gefällen auch die königliche Rente, welche die Stadt in Höhe von 400 Mk. zahlte, als ein Gehalt bezogen.

Heinrich von Haugwitz wird wohl als Landeshauptmann auch bei Kauf- und Verkaufkontrakten, ingleichen bei Auflassungen von Gütern und Erbschaften den Breslauer

---

[1]) promittimus omnes et singulos redditus ad ducatum nostrum Wratislauiensem spectantes penes ipsum ducatum, vt ex eo capitaneus, qui fuerit aut est, ipsam terram eo commodius et forcius gubernare poterit, sine diminucione omnimode conseruare. Korn, a. a. O. S. 173.

[2]) quod omnia bona, hereditates, redditus, vtilitates et prouentus ad dictos ducatum, ciuitatem et districtum Wratislauienses quomodolibet pertinentes nullatenus inantea futuris temporibus diuidere, donare, vendere, obligare aut quouismodo alienare ab eisdem in toto vel in parte. a. a. O. S. 193.

[3]) Cod. dipl. Sil. XI. Einl. S. 39.

Bürgern Geld abgefordert haben, worüber sich diese beim Könige von Böhmen beschwerten. Daher verordnete[1]) König Johann, daß bei Veräußerungen von Erbgütern für die Bestätigung und Auflassung in Zukunft, wenn Breslauer Bürger die Kontrahenten sind, der Landeshauptmann kein Recht habe, Geld zu fordern oder zu nehmen.

[1]) quod occasione empcionis, vendicionis, exposicionis sev modo quocunque bonorum siue hereditatum puorumcumque commutationis, que capitaneus conferre et ratificare habet et propterea prius pecunias de hoc requisivit et recepit, per ipsos ciues contrahentes nulla in antea capitaneo presenti uel futuro pecunia debeat ministrari. Korn, a. a. O. S. 142f.

Exkurs I.

Der Landeshauptleute Güterbesitz im Fürstentum Breslau.

Konrad von Bosnitz

erhielt im Jahre 1336 vom Könige Johann das Gut Domslau, welches einen Flächeninhalt von 45 Hufen hatte, mit dem Kruge, frei von Lasten, mit aller Herrschaft, mit allen Rechten und Freiheiten, zu einem rechten Lehen, was er „besessin von aldir her mit allem rechte mit allem gerichte und mit allir hersapht".[1]) Karl IV. setzte es im Jahre 1363 ins Erbe für Männer und Frauen auf ewig[2]). Er besaß ferner das Dorf Marschowitz mit dem Schultheißamte und der Fischerei[3]) und alle Rechte und Herrschaft in Heinzendorf, im Bezirke Auras, welche er zur Burg Auras gekauft hatte.[4]) Die Burg selbst und den Flecken Auras nebst allen Rechten und Einkünften der Dörfer Thurau, Mochbern und Wilxen erwarb er von Heinrich von Haugwitz durch Kauf[5]). Ihm gehörten auch die Dörfer Sponssbrücke und Henningsdorf[6]). Endlich besaß er auch Lehengüter in Kuntzendorf[7]) und Kobelwitz[8]).

[1]) Cod. dipl. Sil. IV. Urk. 5. für Domslau.

[2]) Stenzel's Landbuch des Fürstentums Breslau im „Bericht der schles. Gesellschaft für vaterländische Kultur". Jahrg. 1842. S. 65.

[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 23.

[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 40.

[5]) Cod. epistolaris Johannis regis Bohemiae. Hrsg. von Th. Jacobi. Berlin 1841, S. 98. Ergänzung zu Böhmer's Regesten des Königs Johann von Böhmen n. 167.

[6]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2, Bl. 93 b —. No. 37, Bl. 116.

[7]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2, Bl. 141.

[8]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2, Bl. 28.

Heinrich von Haugwitz.

Er besaß das Dorf Peterwitz (im Neumarkter Kreise), frei von Roßdienst und allen Lasten, mit aller Gerichtsbarkeit und Herrschaft, sogar mit dem Obergericht zu Hals und Hand gemäß eines Privilegs des Markgrafen Karl von Mähren. Dieses Besitztum mit allen seinen Rechten verkaufte er im Jahre 1342 an Pasko Reinbaben.[1]) Von seinem Vater hatte er Besitztümer in Heinrichau geerbt.[2])

Konrad von Falkenhain

besass einen weit ausgedehnten Güterbesitz innerhalb der Grenzen des Fürstentums Breslau. Ihm gehörten das Dominium im Dorfe Sablath mit allen Nutzungen, frei von allen Lasten, mit aller Gerichtsbarkeit, mit dem Rossdienste und Raschdorf.[3]) Im Jahre 1342 verkauften Konrad von Falkenhain und sein Schwiegervater Matthias von Mühlheim für 45 Mark die von ihnen schon mehr als 5 Jahre (zu 2/3 bezw. 1/3) besessene Scholtisei in dem halben Dorfe Konradswalde mit zwei Freihufen, einer Fleisch- und Brotbank, einer halben Mark auf der halben Hufe nach Herzogs- oder Fürstenrecht und von einer Hufe rechtem Zinse, einem Vierdung von den Gärten und den dritten Pfennig von der Schafherde im halben Dorfe (vulgariter scheftryge) an einen gewissen Hanko von Zindel.[4]) Das Allodium Kamelwitz (im Breslauer Kreise), welches er zusammen mit Peter Brunonis besass, veräußerte er mit allen Rechten an die Breslauer Bürger Füsil und Henning Winther,[5]) wie auch den dritten Teil von seinem Besitztum Haida (im Kreise Neumarkt) an Johann und

[1]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 64.
[2]) Cod. dipl. Sil. XXII, S. 57.
[3]) a. a. O. XXII, S. 159.
[4]) a. a. O. IX, S. 17.
[5]) Breslauer Staatsarchiv Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 64.

Thammo von Schollendorf.[1]) In Raschkendorf besass er 14 Hufen Acker mit aller Gerichtsbarkeit und Herrschaft und der Fischerei in Sacherow. Dies alles verkaufte er im Jahre 1344 an den Pleban Konrad von Krincz und an Martin von Wintmoel,[2]) ebenso die Güter in Schulteißowitz, welche ihm und seiner Frau gehörten und frei von allem Dienste waren, an die Breslauer Bürger Paul und Peter Dumlose.[3]) Er erwarb dagegen zusammen mit Nikolaus von Neisse, Paul Dumlose und einem gewissen Thilo, der den Beinamen „Scriptor" führte, von Thammo Schirowsky das ganze Dorf Stabelwitz mit dem Ufer und der Insel des Flusses Lessna, mit einer Mühle und mit dem Flusse, soweit er bis zum Dorfe Probsch reicht, mit dem Rechte des Kirchenpatronats, mit dem Schultheißamte, dem Kretscham und dem Rossdienste.[4])

Heinrich von Stercze

besaß zusammen mit seinen Brüdern Dietrich, Gelfried und Günther ein Allod, Mühlen, Gewässer und Fischereien im Dorfe Krieblowitz. Die impeticio, repeticio und civilis iurisdiccio an diesen Gütern erwarb er im Jahre 1329[5]). Vom Könige Johann von Böhmen erhielten die Brüder Heinrich, Gelfried und Günter die Steuern und Schosse auf den Dörfern Kostenblut und Sablath.[6])

Konrad von Kolditz

hatte vor seiner Ernennung zum Breslauer Landeshauptmann gar kein Besitztum im Fürstentum Breslau. Erst am 21. Dezember 1371 verlieh ihm Agnes, Herzogin von

[1]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 73.
[2]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 75b.
[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 1, Bl. 87.
[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 2. Bl- 119.
[5]) Cod. dipl. Sil. XXII, S. 60 f.
[6]) a. a. O. XXII, S. 61.

Fürstenberg, Schweidnitz und Jauer, zur Belohnung für treue Dienste das Dorf Peicherwitz (Neumarkter Kreis) mit dem Kirchenpatronat, der Scholtisei, dem Kretscham und mit allem Zubehör, mit allen Rechten, Gerichten, Zöllen, dem Münzgelde usw.[1]) Dieses Dorf kaufte ihm im Jahre 1379 das Breslauer Domkapitel ab.[2]) Er erwarb ferner das Dorf Zindel[3]), von Karl IV. erhielt er Klein-Tintz und Schottkau.[4])

[1]) Bresl. Diöz. Arch. Urk. P. P. 1.
[2]) Bresl. Diöz. Arch. Urk. P. P. 7.
[3]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 32, Bl. 92b.
[4]) Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. 5, Bl. 34b.

Exkurs II.

Verordnete Mannen des Hofgerichtes.

1361.

1. Heinrich von Schwarzenhorn
2. Jesko von Smolcz
3. Hermann von Molnsdorf
4. Franz von Radag
5. Peter von Reichenbach
6. Johann Sechsbecher
7. Nikolaus Rasselwitz
8. Otto von Neisse.

Breslauer Staatsarchiv Rep. 16, Obergerichtsbücher No. 31, Bl. 66b ff.

1362.

1. Konrad von Borsnitz
2. Jesko von Smolcz
3. Franz von Radag
4. Günter Birchin
5. Johann Sechsbecher
6. Arnold von Reichenbach
7. Heinrich Slancz
8. Nikolaus Rasselwitz.

Breslauer Staatsarchiv Rep. 16, Obergerichtsb. No. 37, Bl. 11b ff.

1363.

1. Konrad von Borsnitz
2. Heinrich von Schwarzenhorn
3. Gelfried von Haugwitz

4. Hanko von Bautzen
5. Johann Sechsbecher
6. Michael von Troppau
7. Heinrich Slancz
8. Nikolaus Rasselwitz.

Bresl. Staatsarch. Rep, 16, Obergerichtsb. No. 48, Bl. 269b ff.

1364.

1. Heinrich von Schwarzenhorn
2. Johann von Reste
3. Gelfried von Haugwitz
4. Johann von Bautzen
5. Franz von Radag
6. Hanko von Gotkonia
7. Nikolaus Slancz
8. Otto von Neisse.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 48, Bl. 290b ff.

1365.

1. Heinrich von Schwarzenhorn
2. Johann von Borsnitz
3. Gelfried von Haugwitz
4. Johann Sechsbecher
5. Hanko Gotkonia
6. Arnold von Reste
7. Michael von Troppau
8. Rüdiger Kracz.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 37, Bl. 78ff.

1366.

1. Sander von Grunau
2. Hanko von Stercza.
3. Franz von Radag
4. Johann Sechsbecher

5. Arnold von Reichenbach
6. Andreas von Wede
7. Hanko Bürgermeister
8. Michael von Troppau.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 313ff.

1367.

1. Franz von Sommerfeld
2. Kryk von Haugwitz
3. Jesko Smolcz
4. Günter Birchin
5. Hanko von Bautzen
6. Johann Sechsbecher
7. Richard von Guben
8. Hanko Bürgermeister.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No, 49. Bl. 342ff.

1368.

1. Franz von Sommerfeld
2. Kryk von Haugwitz
3. Andreas von Reste
4. Themmechinus von Seidlitz
5. Hanko Dominici
6. Richard von Guben
7. Hanko Bürgermeister
8. Konrad von Mühlheim.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 355ff.

1369.

1. Franz von Borsnitz
2. Johann von Reinbaben
3. Andreas von Reste
4. Günter Birchin
5. Nikolaus von Krakau

6. Dominicus Dominici
7. Michael von Troppau
8. Rüdiger Kracz.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 373ff.

1370.

1. Petschko von Schelndorf
2. Franz von Sommerfeld
3. Franz von Radag
4. Andreas von Wede
5. Heinrich Slancz
6. Johann Sechsbecher
7. Dominicus Dominici
8. Hanko Gotke

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 400ff.

1371.

1. Franz von Borsnitz
2. Franz von Sommerfeld
3. Günter Birchin
4. Albert von Pak
5. Hanko Sechsbecher
6. Hanko Gotke
7. Michael von Troppau
8. Paul Stengil.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 425ff.

1372.

1. Gregor von Sabor
2. Franz von Sommerfeld
3. Günter Birchin
4. Andreas von Wede
5. Nikolaus von Krakau

6. Richard von Guben
7. Otto von Neisse.
8. Nikolaus Gotke.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 49, Bl. 460ff. Gegen Ende dieses Jahres sind für Birchin und Wede: Franzke Radak und Albrecht von Pak eingetreten. Rep. 16. Obergerichtsb. No. 32, Bl. 15b ff.

1373.

1. Petschko von Schelndorf
2. Franz von Sommerfeld
3. Hanko von Schwarzenhorn
4. Matthias von Neisse
5. Hanko Sechsbecher
6. Heinrich Slancz
7. Richard von Guben
8. Hanko Noldil.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 34ff.

1374.

1. Gregor von Sabor
2. Franz von Borsnitz
3. Albert Pak
4. Andreas von Wede
5. Nikolaus von Krakau
6. Heinrich Slancz
7. Hanko Noldil
8. Nikolaus von Strehlen.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 45ff.

1375.

1. Hermann von Borsnitz
2. Franz von Sommerfeld
3. Albert von Pak

4. Heinrich von Schelndorf
5. Hanko Sechsbecher
6. Heinrich Schwarze
7. Hanko Noldil
8. Nikolaus von Strehlen.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 88b ff.

1376.

1. Hermann von Haugwitz
2. Franz von Sommerfeld
3. Albert von Pak
4. Heinrich von Schelndorf
5. Dominicus Dominici
6. Heinrich Schwarze
7. Hanko Noldil
8. Matthias von Neisse.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 105ff.

1377.

1. Franz von Sommerfeld
2. Hanko von Borsnitz
3. Albert von Pak
4. Heinrich von Schelndorf
5. Hanko Dominik
6. Heinrich Schwarze
7. Paul Stengil
8. Nikolaus Rempil.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 114b ff.

1378.

1. Hanko von Borsnitz
2. Hanko von Schwarzenhorn

3. Heinrich von Schelndorf
4. Heinrich von Reinbaben
5. Hanko Noldil
6. Paul Stengil
7. Nikolaus von Strehlen
8. Peter Beyr.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Obergerichtsb. No. 32, Bl. 141b ff.

Lebenslauf.

Ich, Johannes Kopietz, katholischer Konfession, bin am 31. Oktober 1881 zu Nieder-Lazisk, Kreis Pleß, geboren. Von Ostern 1897 ab besuchte ich das Gymnasium zu Beuthen O/S., das ich 1903 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Ostern desselben Jahres begann ich in Breslau Theologie zu studieren, wandte mich aber bald dem Studium der Geschichte und Germanistik zu. Am 6. und 9. März 1907 bestand ich das Examen rigorosum.

Während meines Studiums besuchte ich die Vorlesungen und Übungen folgender Herren Professoren:

Baumgartner, Cichorius, Grünhagen, Hoffmann, Kampers, Kaufmann, Koch, Nikel, Norden, Partsch, Passarge, Rohr, Schäfer (jetzigen Apostolischen Vikars in Sachsen), Sdralek, Siebs, Skutsch, von Tessen.

Allen diesen Herren werde ich stets ein dankbares Andenken bewahren.

Vor allem fühle ich mich zu Dank verpflichtet meinem hochverehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Kampers. Wie als Führer durch die Doktorarbeit, so hat er auch insbesondere als Lehrer mir stets das wärmste Interesse entgegengebracht und dadurch wesentlich zum Fortgang meines Studiums beigetragen.

Zu danken habe ich weiterhin allen Herren, die mich gelegentlich in liebenswürdiger Weise bei der Anfertigung der Arbeit unterstützt haben, insbesondere:

Herrn Geheimen Regierungsrat *Prof. Dr. Schulte*, Herrn Archivrat *Dr. Krusch*, Herrn Geistlichen Rat *Dr. Jungnitz*, Direktor des Diözesan-Archivs, Herrn Archivrat *Dr. Meinardus*, Direktor des Königl. Staatsarchivs und Herrn Stadtarchivar *Dr. Wendt.*